

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Preisband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin S.W., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo!

Das offiziöse Wolff'sche Telegraphenbureau versendet folgende Depesche:

Bern, 10. Dezember. Der vom Nationalrath angenommene Artikel 10 des Auslieferungsgesetzes bestimmt: Wegen politischer Verbrechen und Vergehen wird die Auslieferung nicht bewilligt. Die Auslieferung wird bewilligt, obgleich der Thäter einen politischen Beweggrund oder Zweck vorschützt, wenn die Handlung, um deren willen die Auslieferung verlangt wird, vorwiegend den Charakter des gemeinen Verbrechens oder Vergehens hat. Das Bundesgericht entscheidet im einzelnen Falle über die Natur der strafbaren Handlung auf Grund des frei zu ermittelnden Thatbestandes. Wenn die Auslieferung bewilligt wird, so stellt der Bundesrath dem ersuchenden Staate die Bedingung, daß der Auszuliefernde wegen seines politischen Beweggrundes oder Zweckes nicht strenger behandelt werden dürfe.

Die Eidgenossenschaft hat in dem letzten Jahrzehnt die hohe Schule der modernen Reaktion nicht ohne sichtbaren und fühlbaren Erfolg besucht, ihre Lehrmeister können mit ihr zufrieden sein. Die schweizerische Republik, die auf ihre volksthümlichen Einrichtungen so viel zu Gute that, die als Vollwerk der Demokratie von den bürgerlichen Ideologen beider Welten gefeiert worden ist, liefert den klassischen Beweis für die Unzulänglichkeit der rein politischen Freiheitslehre. Sie ist gleich der nordamerikanischen Union, gleich Frankreich eine Bourgeoisrepublik. Daß ihr mehr als in den beiden anderen Freistaaten Kleinbauernschaft und Kleinbürgertum eine gewisse Rolle spielen, ist der eigenartigen wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung dieser Miniatur-Republik geschuldet. Den Grundstock der staatlichen Organisation bildet eben doch der Kapitalismus. Daß eine Reihe freiheitlicher Institutionen vorhanden bzw. neu geschaffen worden sind, daß Arbeiter-Gesetze und andere sozialpolitische Reformen in der Schweiz durchgeführt werden, das ist ein Zugeständniß an die unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts nicht einflußlos gebliebene Arbeiterchaft und bürgerliche Demokratie.

Dies hindert aber nicht, daß Kraft ihrer ökonomischen Machtstellung die Bourgeoisie das Heft in Händen hat, wie denn erst kürzlich zum ersten Male und nur mit Hilfe der bürgerlichen Demokratie ein Sozialdemokrat in die schweizerische Volksvertretung gewählt worden ist.

Täuschen wir uns darüber nicht: bei der eigenartigen politisch-sozialen Konstellation, wie sie nun einmal in der Eidgenossenschaft besteht, ist die Sozialdemokratie vorläufig eine — k o m m e n d e Macht, die ja sicherlich in absehbarer Zeit ihre Kraft bewahren

und die Erbschaft der „Arbeiterpartei“ und der Demokratie antreten wird, vorläufig aber erst in dritter Reihe marschirt.

Zwei Momente vor allem bestimmen die politische Situation in der Schweiz, im Innern die Erstarrung der Kapitalistenklasse, die so widerwillig wie ihre Genossen am anderen Ufer des Bodensees Alles betrachten und ertragen, was nach Sozialreform schmeckt, die mit derselben Erbitterung den Fortschritt der Arbeiterbewegung verfolgen, wie die Stumm und Möller. Der Industrialismus, mag er nun Heimarbeiter oder Manufakturproletarier oder Fabrikarbeiter ausbeuten, entfaltet sich rasch genug, die Landwirtschaft, die aus dem schützenden Zwang des Allmendewesens mehr und mehr losgelöst wird und die einst wohlständigen Bauern nur zu oft zu Schuldknechten der Hypothekensucherer, der Banken u. s. w. werden sieht, kann sich ebenso wenig dem verhängnißvollen Einflusse der kapitalistischen Zustände entziehen. Die Geldsack-Politik muß in scharfen und schärferen Gegensatz und Widerstreit mit den demokratischen Forderungen kommen.

Auf der anderen Seite ist es der Druck von außen, die Pression, welche die Großmächte auf die „neutrale“ Schweiz üben. Die Schweiz war einmal die „Herberge der Gerechtigkeit“, wie Ulrich von Hutten einst Sickingen's feste Burg stolz und ehrenvoll bezeichnet hat. Sie war das Asyl der Verwehnten, der Verfolgten, sie schützte die politischen Flüchtlinge, die „politischen Verbrecher“, um diesen herrlichen Ausdruck zu gebrauchen. Das Verbrechen dieser Politiker war der Mangel an Erfolgen. Unsere „realpolitische“ Zeit feiert nur den Erfolg, mag er mit Bismarck'schen Mitteln oder nach den Rezepten Napoleons III., dem Bismarck so Vieles abgequält, erungen werden.

Die Bismarck'sche Aera, die Herrschaft der internationalen Reaktion, die von der Neva bis zur Donau, vom Main bis an die Spree reichte, gab dem schweizerischen Asylrecht den Todesstoß. Das Sozialistengesetz läutete die Sterbestunde der schweizerischen Freiheit ein. Die Periode der Ausweisungen begann, man schickte unsere Genossen, die um den „Sozialdemokrat“ sich so große Verdienste erworben hatten, gegen alles Gesetz und Recht ins Exil. Man that dies, um den deutschen Machthabern sich gefällig zu erweisen, die, wie Bismarck sich rühmte, wußten, „wie's gemacht wird“, und die schweizerischen Bourgeois freuten sich des Schlages, der gegen die verhassten Sozialdemokraten geführt wurde. Es würde zu weit führen, wollte man alle die kompromittirlichen Schwächen und die flagranten

sich dermaßen empörten, daß sie den Tyrannen von Wittenberg mit Steinwürfen von dannen trieben, so muß' ich doch Sachsen verlassen und von Weib und Kind gehen, ein landflüchtiger elender Mann. Hinter mir kamen die fliegenden Blättlein aus Wittenberg, die mich als Mordpropheten lundthaten, also daß die Fürsten und Herren ihre Häsher nach mir streifen ließen und einen Sadel Silberlinge boten für meinen Kopf. Und doch wußte der Doktor Martinus Luther, wie sehr mir der Aufruhr zuwider ist. In Jena halt' er wider mich gepredigt; da traf ich ihn im schwarzen Hären, wie er mit seinen gnädigen Herren und hochmüthigen Junkern an der Tafel saß. Da rief ich ihn an, daß er mich mit Unrecht verfolgte und in seinem Sermon mich zu den mörderischen Geistern eingebrockt und eingeslochten habe. Ich rief laut, dagegen protestire ich vor diesen Brüdern allen, und der Doktor Luther sprach, das sei nicht von Nöthen, denn er habe wohl den Brief gelesen, in dem ich von Delamünde dem Mäntzer geschrieben, daß mir der Aufruhr zuwider sei.“ „Pffäfflein,“ knurrte Fritz Möllner von Nortenberg, „wenn Du uns nicht mehr und nicht bessere Heilswahrheiten zu sagen weißt, so hättest Du wohl mögen verborgen bleiben in Deiner Klausur.“

„Denn sehet, lieben Brüder,“ fuhr Karstadt fort, „gegen Diejenigen, so das Evangelium bedrängen und die Wahrheit zersiampsen möchten, vermögen wir mit der weltlichen Wehr nichts zu thun. Habt ihr nicht behalten, wie Christus dem Petrus gebot, sein Schwert einzustecken und den blutigen Strauß zu lassen? Wir wollen nicht zu Denen fallen, die mit Spießen und Messern ausziehen; wir wollen uns wappnen wider unsere Feinde mit dem Harnisch des Glaubens und dem Helm des Heils. So wir anders thäten, würden die Tyrannen dieser Welt frohlocken und reden: Sehet, wie sie zusammenlaufen, Einer zu dem Andern, denn sie rühmen sich

Verletzungen des „demokratischen Prinzips“ aufzählen, welche die Schweiz sich seitdem hat zu Schulden kommen lassen. Die Einsetzung des Polizeiministers, der fälschlich Bundesanwalt heißt, wurde von den Arbeitern der Schweiz mit einem Entrüstungssturm beantwortet, die ehelichen Demokraten waren indignirt, aber die Schweiz hat jetzt ihren Buttkamer, so gut wie andere Staaten.

Die Annahme des Artikels 10 des Auslieferungsgesetzes in der Fassung, wie ihn das Wolff'sche Bureau mittheilt, ist nur ein weiterer Schritt auf dieser Bahn zur politischen Entartung der Bourgeoisrepublik, ein drastischer Beleg für die Zersetzung im Innern und für die pressure from without, den Druck von draußen, vom „Väterchen“ im Osten und anderen Despotien und „Rechtsstaaten“, die ihre Gewalt auf die Spitze der Bajonnette gründen.

Der Artikel 10 ist ein Kautschutparagraf, so dehnbar wie das politische Gewissen eines Nationalliberalen, er ist eine Waffe in der Hand der Zwangspolitik, ein unwürdiges, verächtliches Hilfsmittel der Gewalt. Das Asylrecht wird der Auslegungskunst von Richtern überlassen, die unter dem Banne der bürgerlichen Weltanschauung stehen, die Bourgeois sind, als solche fühlen und als Bourgeois dem Zuge der Zeit, der das Bürgerthum weiter und weiter nach rechts drängt, ihren Tribut zahlen werden. Was kann ein fundiger Kopf, der die Haare spaltet, die Silben klaubt und die Demokratie haßt, nicht aus diesem wunderbaren Bassus machen: „obgleich der Thäter einen politischen Beweggrund oder Zweck vorschützt!“ Wie wird entschieden werden, was Wahrheit, was Dichtung ist, was „vorgeschützt“, was mit Recht behauptet wird! In den Seelen der Thäter zu lesen ist eine schwere Kunst. Und hier bietet sich die Handhabe zu Tendenzurtheilen, hier kommt die Gesinnungskomplizität ins Spiel. Was aber dann?

Sehr wohl, wir wissen, daß man uns erwidern wird: „Damit sollen bloß die auch von Euch, den Sozialdemokraten, aufs schärfste verurtheilten und energisch bekämpften Greuelthaten und Berrücktheiten, wie sie die Stellmacher u. s. w. begangen haben, getroffen werden.“ Die Botschaft hören wir, aber es fehlt uns der Glaube. Die Schweiz, leider schon viel zu bereitwillig, den russischen Sentern Schergendienste zu leisten, wird den Artikel 10 so interpretiren, wie es dem Zarismus behagt.

Und dieser — der Zarismus ist ein typischer Begriff, der sich nicht allein auf Rußland zu beziehen braucht — wird sich sehr wenig darum scheeren, was das Ländchen sich ausbedingt betrifft der Behandlung der Ausgelieferten. Wenn sie ihn nur erst haben! Und was für Tartarengeschichten wird das feile Volk der russischen Agenten, Emissäre und Tschinow-

ihrer Gottes und halten ihn doch nicht für stark, sie zu verfechten! Lieben Brüder in Frankenland, vertrauet auf des Himmels Schirm und Schild, an dem die Lanzen der Feinde brechen; er wird es wohl machen!“

Die Menge stand still; sie brach nicht in ein Beifalls-geschrei aus, wie sie bei den feurigen Volksrednern von Rothenburg, namentlich bei dem blinden Mönch und dem gelehrten Präzeptor Jodelsheimer zu thun pflegte. Die halb mystischen und für die Masse nicht recht verständlichen Sätze des Magisters konnten nicht zünden und sowohl Stefan wie Menzinger als Dr. Deutschlin, der Hauptpfarrer, erwiesen sich nicht sehr befriedigt von dem Sermon des von ihnen so sehr verehrten Verbannten.

„Ei,“ sagte Menzinger, „er ist groß auf dem Ratheber und kann in seinem Studirzimmer Wunder thun. Aber das gemeine Gepöfel versteht ihn nimmer.“

„Und drum hätte er sollen in seiner Studirstube bleiben,“ posterte Meister Schnabel, der riesige Weingärtner. „Wer für das gemeine Gepöfel zu gut ist, der mag sich Bettel-suppen an den Höfen locken lassen.“

„Wohl,“ schrie ein Metzger, „für Herren und Pfäfflein geben wir unsere Köpfe nicht auf die Fleischbank.“

Stefan von Menzinger fühlte den Stich und wandte unmutig das stolze Haupt, um etwas zu erwidern, da erhob sich in der Nähe des Marterbildes ein Gesumme vieler Stimmen, das zu einem Lärm anschwellte.

„Der Lippendaps,“ schrien sie durcheinander, „der Lippendaps soll auf die Schranne, der Lippendaps soll reden. Galloh, der Lippendaps!“

„Der Lippendaps,“ murmelte Stefan von Menzinger ingrinnig, „der wird den Kohl fett machen!“

Der Lippendaps, auf den der Rath als auf einen „Laugenichts“ streng aber umsonst hatte sabnden lassen,

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

10

Rothenburger Tage.

Roman aus der Zeit des großen Bauernkrieges von 1525. Von Wilhelm Bloß.

„Ihr müßt ihn auch recht verstehen,“ meinte darauf Meister Kern, der Buchdrucker. „Er redet von den gelehrten Buchmäußern, die durch übermäßiges Studiren dumm geworden sind. Gute Büchlein mögt Ihr immer lesen.“
 „Hm!“ murmelte der Schmied, „in diesen Zeiten schlag' ich lieber mit meinem großen Hammer drein!“ — Karstadt aber sprach:

„Drum hab' ich auch zu Wittenberg mein geistlich Kleid von mir gethan und bin hinaus gezogen, den Flug zu führen, zu haben und zu reuten. Da ward meine Seele gesund und mein Leib ward stark. Sie aber strömten hinaus zu mir, die jungen Studenten, die ich mit meinem Wort erfüllte, und sie thaten wie ich. Da hättet Ihr sehen sollen, wie das saftlebende Fleisch von der Wartburg auf mich herabfuhr. Was sonderlich Unrechtes kommt' er in meinen Werken nicht finden und so schrie er wider mich, der Saten habe mich zu solcher Eile gedungen. Da floh ich gen Delamünde und der neue Paps ließ mir auch dort nicht den Stab. Die Obrigkeit that mit ihm und es ward mir geboten, Reden und Schreiben zu lassen und auch Delamünde zu meiden. Auf meine Büchlein sabndeten die Stadtknechte. So waren mir Hände und Füße gebunden.“

Und wenn auch die guten Bürger von Delamünde, als der neue Paps bei ihnen wider mich zu predigen anhub,

niks zusammenfügen, zusammenschwindeln, zusammenmogeln, wenn sie einen der proskribierten russischen Freiheitskämpfer ans Messer geliefert haben wollen. Geduldig ist das Papier, der Himmel ist groß, der Galgen ist nah und die Schweiz so weit, wenn erst der „Nihilist“ in das Reich des Knuts zurückgebracht ist.

Wir, die Sozialdemokraten, wissen und lehren stets, daß unser Kampf sich nicht richtet gegen Einzelne, sondern gegen das System, daß der Terrorismus im modernen Völkerleben eine Tollheit ist. Und nicht wir, sondern die bürgerlichen Parteien haben, so lange sie in der Opposition waren, die Theorie der Gewaltthat gepredigt und praktiziert. Wir haben also in diesem Falle ein platonisches Interesse, für uns als Partei ist es eine Doktorfrage, aber wir bekämpfen den Artikel 10, weil er die bürgerliche Freiheit verlegt und das Asylrecht thatsächlich zu nichte macht.

Je heftiger der Streit zwischen Kapital und Arbeit, um so bedenklicher der Artikel 10, um so elastischer die Bestimmung, welche die Entscheidung über „gemeine Verbrecher“ und „gemeine Vergehen“ — auch ein Vergehen genügt also — so bequem macht.

Einen Wechselbalg zeitigte diese politische Wochenstube der Dame Helvetia, die in kapitalistischen Wehen war, und Gevatter stand die internationale Reaktion.

Daß es so kommt, ist eine notwendige Erscheinung in der Geschichte der heutigen Gesellschaft. Es geht abwärts mit den Besitzenden, und es naht die Zeit, wo neue soziale Bildungen ins Dasein treten werden.

Der edle Eid aber der Eidgenossenschaft geht derweilen „rückwärts, rückwärts“.

Politische Ueberflut.

Berlin, den 11. Dezember.

Die Mobilisierung der Schule gegen die Sozialdemokratie fängt an, selbst heftige Sozialistenkrieger, die aber einig Verständnis für das Wesen und die Aufgabe der Schule haben, mit banger Sorge zu erfüllen.

Und das nicht ohne Grund. Man wird unzweifelhaft viel Schaden anrichten, allein die Sozialdemokratie ist es nicht, welcher der Schaden zufallen wird. Wir erinnern uns bei dieser Gelegenheit an eine Anekdote, die in der Lebensbeschreibung des großen englischen Ingenieurs Stephenson, erzählt wird. Es handelte sich um den Bau der ersten Eisenbahn in England und die Sache lag in einem parlamentarischen Komitee, vor dem Stephenson seine Entwürfe zu entwickeln hatte. Die zöpsigen Herrn Parlamentsmitglieder trauten der Geschichte nicht, und namentlich Lord Derby, der nachmalige Ministerchef, und sonst ein geschiedter Mann, hatte hartnäckige Zweifel. Nachdem Stephenson ihm den Einwand, daß die Räder der Maschine aus Mangel an Fraktion nicht vom Fleck kämen, glücklich hinweggefegt hatte, kam dem edlen Lord ein leuchtender Gedanke:

„Aber wenn nun eine Kuh dem Zug entgegenkommt, das wäre doch sehr schlimm.“ —

„Alles blüht neugierig nach Stephenson, der trocken erwidert: Ja, gewiß sehr schlimm — für die Kuh! Und wir sagen: Ja, sehr schlimm — für die Schule.“

Die Leipziger Stadtverordneten-Wahlen haben, obgleich sie uns den Sieg noch nicht bringen konnten, doch ein unerwartet günstiges Resultat gehabt. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ist weit größer, als wir erhofft hatten; es sind rein sozialdemokratische Stimmen, da nicht nur jeder Kompromiß, sondern auch jede Gemeinschaft des Vorgehens mit sogenannten „verwandten“ Parteien abgelehnt worden war; und die Leipziger Nationalliberalen sind unterlegen — sie sind von dem antisemitischen reaktionären Ordnungsbreit Parteien jämmerlich geschlagen worden, und in besagtem Ordnungsbreit untergegangen — hoffentlich, um nie wieder aufzutauchen. Unser Leipziger Bruderorgan, der „Wähler“ hat daher guten Grund zu jubeln. Es schreibt:

war einer jener wandernden Prädikanten oder Laienprediger, wie sie in jener Zeit der allgemeinen Bewegung zu Hunderten Deutschland durchschwärmten. Niemand wußte, von wannen er kam und was er sonst für Handlung getrieben; manchmal nur ging die Sage, er sei in Schwaben seinerzeit, als sich der arme Konrad im Reinsthal in Waffen erhob, als Schreiber auf des armen Konrads Kanzlei gefessen und sei noch rechtzeitig vor des Herzogs Ulrich Schergen und Bluträchtern aus Schorndorf entkommen. Abends verschwand der Tippendaps gewöhnlich auf dem Diebssteig an der Schwarzenmühle und man unterließ, seinen Aufenthalt auszuspähen, da der Diebssteig eine sehr unheimliche Gegend war. Denn dort war einst der Rothenburgische Rathsherr Heinrich Beyer von seinen Feinden, dem Herrn von Judmantel und von Mörder — die hatten den Namen mit der That — meuchlings erschlagen worden und es sollte allerlei Spuk dort umgehen. Manchmal hauste der Tippendaps auch in den Trümmern der Burg Seidenack. Er lebte von Kräutern und Wurzeln; manchmal heischte er sich eine bescheidene Weggehung bei den Bürgern und den Bauern, die sie ihm gern gaben. Zwar erschien der Tippendaps in Lumpen und war sehr schief gewachsen. Allein er predigte mit Feuer und Witz, derb und grobkörnig für das Volk und seine Reden waren gespickt mit stacheligen Ausfällen gegen Junker und Mönche, also daß er vom Volke gerne gehört ward.

Als der kleine, bucklige Einsiedler mit den langen Armen und den funkelnden Augen auf der Schranne erschien, ward es so gleich still.

Die Stimme des Einsiedlers fuhr schrill und krähen über die Menge hin.

„Brüder und Freunde,“ rief der ehemalige Kanzlist des armen Konrad, „höret mich Alle, die ihr mühselig und beladen seid.“

„Wir hören! Rede nur zu! Wir hören!“ scholl es dem Laienprediger von allen Seiten entgegen. Man konnte leicht bemerken, daß die Masse von der Predigt des Doktor Karstadt nicht sonderlich befriedigt war.

„Ich bin ein armer Mann und hab' nicht auf hohen

Die „Kladderadatschlije“, welche die Sozialdemokratie nach der Ansicht des „Tageblatts“ aufgestellt haben sollte, hat bei den Stadtverordnetenwahlen 2343 Stimmen und im Obbestell (Vostmarsdorf, Neuschönefeld, Neustadt, Anger, Sellerau) die Majorität erhalten, während die Liste des „Tageblatts“, die „Revidirte Liste“, in den Papiertorb gerulst ist!

Von circa 18 000 stimmberechtigten Bürgern haben 11 800, also 66 Prozent gewählt.

Im dem Resultat partizipiren die einzelnen Bezirke folgendermaßen:

Soz. Demokr.	Berein. Ordnungsp.	Revid. Liste	Melch
I. 174	907	550	394
II. 588	754	424	290
III. 993	1219	773	497
IV. 186	771	589	289
V. 887	445	172	201
VI. 185	441	192	101

Sa. 2938 4537 2700 1752

Die Ultras von der Gemeinnützigen Gesellschaft, die über Leipzig bisher herrschten, sind also geschlagen. Damit ist der Nationalliberalismus in Leipzig auch auf kommunalem Gebiet für immer im allgemeinen „Ordnungs“-Jumps verschwunden, er kann als selbständige Gestaltung des politischen Lebens nicht mehr in Frage kommen. Ebensovienig wie er, hat der Antisemitismus eine selbständige Bedeutung erlangen können.

Die Melochische Demokratie ist ebenfalls in die Brüche gegangen: ihre Spekulation auf die vermeintliche Zeitgemäßheit einer parteilosen Spielbürgerer war eine falsche und die „wohlmeinenden Demokraten“ müssen erleben, daß sie anstatt den Sieg erlangt zu haben, mit ihrer Stimmenzahl erst hinter der Sozialdemokratie kommen.

Die erste Liste der Ordnungspartei endlich, d. h. der aus dem Feilschen der verschiedenen reaktionären Vereine der Konservativen, Nationalliberalen, Antisemiten hervorgegangenen Partei-Galimatias, hat es zu der gewünschten überwältigenden Majorität auch nicht bringen können; er siegte nur mit einer Stimmenzahl, die bei der Zusammenordnung des Kapitaleinflusses auf einen Punkte, eben auf dem Gebiete der Jenseitswahl, allerdings mindestens erreicht werden mußte.

Die Sozialdemokratie wußte, daß die erste kommunale Wahl, an welcher sie selbstständig theilnahm, nicht den Sieg bringen könne. Dieser ist erst möglich, wenn die Süd- und Westvororte mit ihrer zahlreichen Arbeiterbevölkerung einverleibt sind. Für sie konnte die Wahl deshalb nur ein Gesicht sein zur Klärung des Terrains. Danach richtete sich auch die Art der Agitation; es ist z. B. nicht ein einziges sozialdemokratisches Flugblatt herausgegeben worden. Eine Klärung des Terrains ist nun geschaffen; die Zahl unserer Freunde hat sich als eine so ansehnliche herausgestellt, daß wir für das nächste Mal auf einen Sieg hoffen dürfen, und das ist erreicht worden ohne einen Kompromiß. Bei einer größeren Anzahl von Wahllokalen würde die Zahl unserer Stimmen übrigens noch erheblich größer sein.

Indessen das sind Momente für die nächste Wahl, ebenso wie jenes, daß in einzelnen Bezirken, namentlich der innern Stadt ganz entschieden mehr agitirt werden muß. Die Sozialdemokratie hat ihr kommunales Debüt in Leipzig mit Ehren bestanden und wird den gemeinsamen Gegner in den nächsten Wahlen schon klein zu kriegen wissen.

Ein donnerndes Bravo der sozialdemokratischen Bürgergesellschaft Leipzigs! Hoch der internationalen Sozialdemokratie!

Glückauf zur dritten sozialdemokratischen Metropole Deutschlands!

Die „gute Seestadt“ Leipzig ist nämlich nach der neuesten Volkszählung die drittgrößte Stadt Deutschlands — und hat nur Berlin und Hamburg vor sich.

Ueber die Hungerlöhne, welche auf der Zeche „Bereinigtes auf Gott gewagt“ (eine kleine Unternehmung an der Ruhr) bezahlt werden, berichtet die letzte Nummer des Verbandsorgans der Bergleute. Demnach verdienten dieselben für 22 Schichten 68,80; 52,80; 44; 52,80 und 48,20 M., andere in 23 Schichten 72,16 und 57,10 M., einer in 20 Schichten 39 M., ein anderer in 21 Schichten 42 M. Diesen neun Bergleuten wurden außerdem Abzüge in Höhe von 27,50 M. gemacht. Der Durchschnittsverdienst der Leute stellt sich nach Abzug des letzteren Betrages auf 2,29 für die Schicht. Auf Waaler Mulde wurde von Bauern verdient in 22 Schichten 57 M., in 26 Schichten 69 M., in 23 Schichten 66,50 M. und in 26 Schichten 69 M. Dieses sind in der That Löhne, mit denen kein Mensch auskommen vermag.

In Lambrecht in der Pfalz wurde am 7. d. M., wie wir der „Frankf. Ztg.“ entnehmen, ein von ca. 180

Schulen der Gefährlichkeit obgelegten oder jemals eines hohen Amtes gewaltet“, fuhr der Tippendaps fort. „Aber auslegen will ich auch das göttliche Wort, wie mich's der Geist treibt, der in mir lebet. Sehet, lieben Brüder, die große und allgemeine Beschwerniß, die auf dem gemeinen Mann liegt, sie ist nicht vom Himmel kommen. Können denn die Gevattern und Geschlechter, so in den Städten des heiligen römischen Reichs drücken auf den Bürger und Mann vom Sewerk, können sie eine Bestallung nachweisen, die mit einem himmlischen Insekt versehen ist? Nein, wer sie in den Rath gesetzt, der mag sie auch wieder hinausstoßen, wann es an der Zeit ist, und das ist Niemand denn die freie Gemeinde.“

„Dalloh, er hat Recht“, scholl es hier und dort. „Aber die Pfaffen!“ rief ein langer, bärrer Schneidermeister, „die sollen gleiche Würden tragen wie die Bürger.“

„Du sagst's“, antwortete der Tippendaps. „Aber so einer abgeh“, rief der Schneider, „ein Pfaff, so soll sein Gewand gewendet werden zu gemeinem Nutzen und keinem Andern verliehen.“

Der Tippendaps ward zornig über die Unterbrechung. „Du bist voll von stinkendem Eigennutz“, rief er, „Du hast nichts vom Geist des neuen Evangeliums. Denn ich bin nicht gekommen, zu predigen, ob die Mönche ihre Kutten sollen wenden lassen. Was kümmert mich solch' Affengepöbel? Aber, frag' ich, den Herren, die draußen auf den Schlössern sitzen und den armen Mann schinden und schaben, hat Gott ihnen eine solche Gewalt gegeben, daß die Armen ihnen zum Frohdienst sollen die Wänter bauen müssen? Sind wir denn in dem babylonischen Gefängniß, daß der Arme ist getrieben, der Herren Wiesen abzumähen und zu heuen, Acker zu bauen, Flachs zu spinnen, wieder herauszuraufen, zu rasseln, zu röhlen, zu waschen, zu brechen, zu spinnen? Solch' ein Jammer ist nie erhört worden, denn der arme Mann muß steuern, Zinsen und Galt geben, auch Handlohn und Hauptrecht. Ja, Schandlohn und Raubrecht! denn der Arme hat daheim weder Brot noch Salz noch Schmalz, sammt dem Weib und den unerzogenen Kindern, denn Alles ist für die Stecher und Renner, die Spieler und

Personen besuchter sozialdemokratischer Parteitag ist die Pfalz abgehalten. In Pirmasens sollte am Abend vorher der Delegirte hierzu gewählt und der Bericht der Hallenser Abgeordneten entgegen genommen werden. Die Versammlung wurde jedoch durch das Beizitätsamt verhindert und zwar mit Rücksicht darauf, daß der gewählte Saal den bestehenden Vorschriften für Lokale, in denen öffentliche Versammlungen stattfinden, nicht entspreche. Unter diesen Vorschriften sind Nothausgänge zu verstanden. Es wird ausdrücklich hinzugefügt, daß sich dieses Verbot nicht auf Fälle zu erstreckt, da für diese wieder andere Vorschriften gelten. Uns will scheinen, daß Nothausgänge bei Sälen angebracht sind, als bei politischen Versammlungen und daß man, wenn solche mangeln, eher jene als diese verbieten sollte.

Wie notwendig unser Wahlrecht einer Reform bedarf, beweisen nachstehende Ziffern:

Unter den 18 955 932 Erwerbthätigen und Dienenden Deutschlands befanden sich 1882: 5 541 517 Frauen, d. h. beinahe 30 pCt. Diese haben gar kein Wahlrecht. Von den 46 855 700 Einwohnern Deutschlands waren am 20. Februar 1890 wahlberechtigt 10 145 900, also von 1000 Einwohnern 217. Da aber nur die Majorität, die sich in einem Wahlkreise befindet, zur Geltung kommt, die Minorität aber nicht vertreten bleibt, so ist die Zahl der Stimmen, die durchschnittlich ein Abgeordneter repräsentirt, sehr verschieden, je nach der Partei.

Es hat die Zentrumspartei 1 Abg. auf 12 660 St. konservative „ 1 „ 12 661 „ freisinnige „ 1 „ 17 440 „ nationallib. „ 1 „ 28 000 „ sozialdemokr. „ 1 „ 40 780 „

Die 5 antisemitischen Abgeordneten haben zusammen 47 500 Stimmen erhalten, also 1/2 mehr als ein einziger sozialdemokratischer Abgeordneter, und jeder antisemitische Abgeordnete vertritt nur 9400 Stimmen durchschnittlich!

Die vollständig veraltete und von den Verhältnissen längst unrichtig gemachte Wahlkreis-Eintheilung trägt ebenfalls dazu bei, das gleiche Wahlrecht illusorisch zu machen. Es sollen auf 100 000 Einwohner 1 Abgeordneter kommen; Berlin mit über 1 1/2 Millionen Einwohner hat aber anstatt 15 (1 574 485 Einwohner nach der neuesten Zählung) nur 6 Abgeordnete.

Würde die Zahl der Abgeordneten im richtigen Verhältniß zu den abgegebenen Stimmen stehen, dann würde der jetzige Reichstag anders aussehen.

Partei	pCt. der Stimmen	soffen Abgeordnete haben	haben Abgeordnete
Deutschkonservative	12,4	48	73
Deutsche Reichspartei	6,7	27	20
Nationalliberale	16,8	65	42
Deutschfreisinnige	16	64	68
Zentrum	18,5	74	106
Polen	3,4	14	16
Sozialdemokraten	19,7	79	35
Volkspartei	2	8	10
Welfen	1,6	6	11
Elfässer	1,4	5	10
Dänen	0,2	1	1
Antisemiten	0,7	3	6
Unbestimmt	1,0	4	2

Unsere Partei wäre also die stärkste! Schon aus diesem Grunde würden wohl die reaktionären Parteien nicht zustimmen, wenn eine Aenderung der Wahlkreis-Eintheilung verlangt wird.

Dem Staatsanwalt in Frankfurt a. M. kann man alles eher als Mangel an Eifer vorwerfen. Dieser Tage wird unser Genosse Hoch, der Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“ wieder vor den Schranken des Gerichtes stehen, um sich wegen angeblich verbrochener Beamten- und Majestätsbeleidigung zu verantworten.

Die armen Juckerfabrikanten jammern ebenso wie die mit ihnen dick befremdeten Agrarier unausgesetzt über die zu geringe Fürsorge des Staates für ihren Erwerbsschwand. Die Geschenke des Staates aus der Tasche der Steuerzahler sind ihnen noch immer zu klein. Was die Jeremiaden der Zuckerindustriellen über die Reform der Zuckersteuer auf sich haben, geht aus einer Zusammenstellung über die Betriebsergebnisse von 118 deutschen Aktien-Zuckerfabriken im Jahre 1888/89 hervor, nach welcher sich deren Kapital mit 17,7

Bankettirer, die voller sind, denn die lohnenden Hunde! Bist und Umgeld verthun sie, so doch sollte in gemeinen Nutzen verwendet werden, und Keiner kämpfe sich darüber, ob er flugs mit ihm in den Thurm oder auf den Block. In welchem Kappenzügel steht solch' Recht geschrieben?

„In des Teufels Kappenzügel!“ schrie der riesige Schmied.

„Wohl,“ sagte der Tippendaps, „aber da sind die Doktoren des römischen Rechts, die biegen Alles krumm, was einst gerade war. Volkrecht und Gewohnheitsrecht ist ihnen eitel Dunst und Wind; sie gehen nach dem, was in ihren Büchern steht. Drum sind auch die Klöster reich und drum ist der Bauer so arm geworden und die Doktoren haben immer gleich aus ihren Büchern beweisen können, daß was des Bauern hätte sollen sein, das Klosters war.“

„Wir holen es wieder und hier ist unser Recht und sein Beweis,“ rief nun Grumbach mit seiner rauhen Stimme herüber, indem er an sein mächtiges Schlachschwert mit dem Stulphandschuh schlug, daß man es weithin klirren hörte.

Alle Blicke richteten sich dahin und Agnes errotzte, als sie sich der Aufmerksamkeit der Menge so ausgesetzt sah.

Inzwischen fuhr der Tippendaps fort: „Es ist ein einfach und einfältig Volk und sie haben es nicht allzu schwer, den gemeinen Mann übers Ohr zu hauen. Wißt Ihr auch, welche Praxtil sie gelbt haben? O, sie sind schlau, die Klosterleute; sie können aus einem magern Zinsbahn allein durch Zauberei einen fetten Zins schaffen.“

Lantes Gelächter erscholl.

„Erzählen, Tippendaps, Teufelstert!“ rief der Weingärtner Schnabel, „das wollen wir hören!“

„Es steht ein Klosterlein in Frankenland“, begann der Tippendaps, „dessen Fratres haben sich immer vortrefflich Bäuerlein, so dem Kloster zinspflichtig war, und hatte Bäuerlein alle Jahr einen Dahn zu geben.“ (Fortsetzung folgt.)

verzinst. Es ist wahrlich höchste Zeit, daß man den Klingelbeutel für die armen Zuckerindustriellen im Land herumgehen läßt. —

In einer die dementirte Meldung halb zugehenden Notiz bestreitet die „Weser-Ztg.“ die auch von uns gebrachte Nachricht von der Beschäftigung ausgeverreter Tabakarbeiter aus Hamburg durch Bremer Fabrikanten. Interessant an dem lendenlahmen Dementi ist die „Verwahrung“ der „Weser-Ztg.“, daß die Nachricht von sozialdemokratischer Seite ausgeht. Dies ist unzweifelhaft eine bemühte Unwahrheit, da es der Redaktion der „Weser-Ztg.“ nicht unbekannt sein kann, daß das alles eher als sozialistische Telegraphenbureau „Herold“ die Nachricht der Presse zugänglich gemacht hat. —

Ein alter Bekannter hat wieder einmal „Streng vertraulich!“ einen Aufruf zur Sozialisten-Tödtung erlassen. Das Ding, welches in der Mitte mit einem recht böß aussehenden Adler verziert ist, lautet wie folgt:

Berlin, Datum des Poststempels.

Streng vertraulich!

Aufruf!

Sozialdemokratische Agitatoren verkündeten auf dem Parteitag in Halle, daß sie durch neue Zeitungen, Flugblätter, Volksversammlungen u. s. w. mehr wie je Propaganda für ihre unsterblichen Zwecke machen wollen. Wie weit es hierin bisher schon gekommen, bedarf keiner Klarlegung. Eine die gesamte Industrie mehr und mehr bedrohende Waffe ist in den Händen der Umsturzpartei die „Streikbewegung“ geworden, die in England am meisten gediehen, in Deutschland sich einer ähnlichen Entwicklung nähert. Von den Führern der Umsturzpartei wird in den Arbeiterkreisen systematisch eine mehr und mehr steigende Unzufriedenheit geweckt, — jedes Ansehen, jede Autorität, jede Religiosität und jeder Patriotismus werden zynisch untergraben, um die in solcher Weise verbildete Menge revolutionären Zwecken dienstbar zu machen. Auch auf dem Lande findet an vielen Orten bereits ein geheimer Vertrieb sozialdemokratischer Schriften statt, welcher bald die größte Ausdehnung annehmen wird. Selbst der Armeedrohen durch Eintritt der sich rapide mehrenden sozialdemokratischen Elemente von Jahr zu Jahr größere Gefahren.

Überall wird erkannt, daß hier etwas geschehen muß, und da haben sich auch Industrielle zu Schutzverbänden zusammengefunden. Diese Verbände sind zunächst aber nur eine Abwehr gegen die immer höher stehende Bewegung der Streiks, und noch fehlt es bisher an einem Verbände deutscher Staatsbürger, welcher sich die Aufgabe stellt: die destruktiven Tendenzen der Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Allen vorkünftigen Staaten droht die Gefahr des inneren Zerfalls. Durch die Streiks sind Lebensmittel und die nothwendigsten Verbrauchsgüter jedes Mal höher im Preise gestiegen und werden durch dieselbe Ursache auch ferner mehr und mehr im Preise steigen. Das kleine und mittlere Bürgertum, der kleine und mittlere Bürgerstand werden durch diese Wertberhöhung schließlich einem Nothstande gegenüber stehen, der die unberechenbarsten Folgen haben muß. — Hier kann die Staatsregierung nicht helfen. Sie kann wohl „nieder schlagen“, aber das geheime Anwachsen jener gefährlichen Bewegung nicht hindern.

In Erwägung alles dessen konstituirte sich hier ein Verein zur (Reichs-) Bekämpfung der zersetzenden (adler) Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Das Ziel des Vereins soll erreicht werden durch Vertrieb und Verteilung zu diesem Zwecke geschickt verfaßter Schriften in jederlei Gestalt, sowie durch alle sonst geeigneten Mittel, welche die entsprechende Belehrung der Massen und Warnung vor dem Gifte vorkämpfender Tendenzen zu erreichen vermögen. Eines von diesen Mitteln ist in der Broschüre: „Sozialdemokratie und Volksliteratur“ ausführlicher angegeben. Ferner liegt bereits ein Operationsplan für den Verein vor. Eine Anzahl bedeutender Männer haben unter warmer Anerkennung der in genannter Broschüre gemachten Ausführungen dem Verfasser derselben brieflich ihre vollste Zustimmung ausgesprochen. So unter Anderen:

Der Herr General-Feldmarschall Graf Moltke, der Herr General-Franz von Scharnhorst, Kommandeur des 1. Armeekorps, die Herren Staatsminister Dr. Riquel, von Puttamer, weiland von Könnert (Sachsen), von Krosigk (Pommern), Dr. Stieglitz (Weimar) u. s. w. Ferner der Herr Bischof von Trier, der Herr Geheim- Kommerzienrath Friedrich Krupp, Dr. jur. Hammacher u. s. w. u. s. w.

Die Anhänger aller staatsfeindlichen Parteien, welche ehe es zu spät ist — das Ihre dazu beitragen wollen, den immer weiteren Verbreitung findenden destruktiven Tendenzen entgegenzuarbeiten, werden hierdurch gebeten, unserem Verein beizutreten.

Der Jahresbeitrag ist auf Mark 20 festgesetzt und an den unterzeichneten Geschäftsführer gleichzeitig mit der Beitrittserklärung einzusenden.

Die Mitgliedskarte lautet vorläufig vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1891 und geht jedem Beitretenden sofort zu, ebenso wie alle anderen Berichte pünktlich folgen.

Mit vorzüglicher Gachachtung

Gleichzeitig senden wir mit: Der Vorstand.
1. Geschäftsbericht I des Vereins. Im Auftrage:
2. Ein Exemplar des Carl Wald, Chefredakteur.
Operationsplanes des Berlin SW. 68, Lindenstraße Nr. 9. Vereins.

Also das neueste Manifest des fürchterlichen Carl Wald, Chefredakteur.

Wie viel 20 Mark-Stücke der fürchterliche Carl Wald, Chefredakteur, schon bekommen haben mag für seinen „Verein“?

In der Teilnehmerliste des „Streng Vertraulich“ ist charakteristischer Weise der Name A. v. Hansemann sich mit Bleistift durchstrichen. Herr Hansemann scheint sich sonach noch rechtzeitig des weisen Spruchs seiner Familie entsinnen zu haben:

„In Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf“
selbst einem Carl Wald, Chefredakteur, gegenüber, wie selbst wenn es sich um einen so guten Zweck handelt, wie die Sozialistentödterei. —

Die irischen Homeriker führen jetzt zum Gaudium der englischen Tories die nationale Tragikomödie der Kilkenny Cats auf — der Kilkenny-Katzen, die von Wuth entbrannt einander so lange zerbrissen, zerkracht und zerseht übrig war, von beiden freitenden Brüdern gar nichts mehr übrig war, nicht einmal die Schwänze ihrer modernen Vetter, der berühmten zwei Löwen, deren trauriges Ende weiland von den „fliegenden Blättern“ besungen ward.

Ob Barnell nach Irland gefahren ist, meldeten wir bereits; gleich hinter ihm drein eilten seine Gegner hinter auf die grüne Insel, und wo heißblütige Irländer mit Meinungsverschiedenheiten zusammenkommen, da regnet es

balb „schlagende Gründe“. Und so ist denn der Streit glücklich ins Stadium der Trümpfe gelangt.

Lord Salisbury kann lachen. Wer ihm vor wenigen Wochen prophezeit hätte, im Laufe dieses Jahre noch würde die Homerule-Partei zerprengt, dem Ministerium die schwerste seiner Sorgen abgenommen sein, den würde er für einen Schwindler oder für irrtümlich gehalten haben. Und nun ist das Wunder wirklich vollbracht worden und zwar, was das Wunder erst recht wunderbar macht, durch Niemand anders als Herrn Barnell.

Und das Alles hat mit ihren schönen Augen die Frau O'Shea gethan. Suchet die Frau! Apropos, in England giebt's Leute, die da vermuthen, Herr Barnell sei in eine Falle gerathen und Frau O'Shea habe die Delilah gespielt.

Der Name O'Shea wird beiläufig im Englischen genau so ausgesprochen, als ob er O Shee, d. h. zu Deutsch O Sie lautete, was zu allerhand leichten Wortspielen und Witzigen Anlaß und Nahrung giebt. —

Die Mameluken der italienischen Kammer konnten sich vor Jubel kaum fassen über die Mittheilung des Königs in der Thronrede, daß der bald einundzwanzigjährige Kronprinz an den Beratungen des Senats über die sozialen Fragen theilnehmen werde. Nun der junge Kronprinz wird die soziale Frage auf dem Boden der Crispinischen Politik wahrscheinlich mit dem gleichen Glücke lösen, wie der 14jährige Sohn Napoleons III. den deutsch-französischen Krieg gewonnen hat, an dem sein Vater ihn „Theil nehmen“ ließ.

Die Frage der Verfassungsrevision in Belgien scheint schon jetzt eine Umgestaltung der Parteien hervorzurufen. Eine Spaltung der Regierungspartei wird uns telegraphisch als nahe bevorstehend gemeldet. Jedenfalls ist in den faulen Sumpf des belgischen Parteilebens einige Bewegung gekommen. Und, wie überall, die Sozialdemokraten sind's, welche die nützliche Arbeit der Hechte im Karpfenteich verrichten. —

Das große Russland fürchtet unablässig die Bekanntheit der europäischen Kultur und Gedankenwelt. Charakteristisch für diese Politik ist die Vorbereitung eines Gefeindturfs, welcher die Kolonisation Russlands durch Ausländer untersagt. „Väterchen“ hat gute Gründe, seine Bude möglichst abzuschließen — es sieht gar häßlich und schmutzig darin aus. —

Aus Galizien wird uns geschrieben:

Die letzten Nummern der Lemberger Arbeiterblätter „Praca“ („Die Arbeit“) und „Robotnik“ („Der Arbeiter“) enthalten einen Aufruf über die Konstituierung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei für österröisch-Polen. Organe der Partei werden die genannten Arbeiterblätter, welche von dem Augenblick aufhören, Privatunternehmen zu sein. Für beide Blätter sind besondere Redaktionskomitees gewählt. Ueber die Motive dieses Schrittes entnehmen wir dem Aufruf folgendes:

Seit Juli 1889, d. i. seit dem internationalen sozialistischen Kongreß in Paris, welcher den 1. Mai als allgemeinen Arbeiterfeiertag zur Revue über das klassenbewußte Proletariat bestimmte, erwachte ein frisches, kräftiges Leben in den Arbeitermassen. Kein Monat in diesem Jahre, der uns nicht neue frohe Nachrichten brächte, daß die Arbeiter der ganzen Welt sich in öffentliche, Jedermann offene, starke Parteien organisiren, die alle das gleiche große Ziel erstreben. Ueberall versammelte der Arbeiterfeiertag des 1. Mai viele Tausende von Genossen.

Und bei uns? Bei uns waren die Tausende von Personen, welche im Lemberger Rathhaus mit Eifer den Worten unserer Genossen lauschten, der sprechende Beweis, daß wir mit den deutschen, englischen, französischen und anderen Genossen Schritt halten, daß unser Programm in weite Arbeiterkreise tief eingedrungen ist.

Nicht zu früh erheben wir uns zum Fluge, nicht zu früh entrollen wir die Fahne der Arbeiterpartei; die Zeit ist uns günstig, und jeder Tag wird uns neue Kräfte bringen! —

Als die Arbeiterbewegung bei uns noch in schmalen Bahnen floß, als wir unsere Genossen nur zu Dutzenden und zu Hunderten zählten, konnte ihnen eine Zeitschrift genügen, da konnten einige Personen an der Spitze stehen und die ganze Sache auf eigene Verantwortlichkeit führen. Damals konnten sie mit den Genossen sich leicht verständigen, ihre Forderungen erkennen und ihre Interessen mit Erfolg vertreten.

Aber heute, da die Reihen unserer Anhänger sich erweitern, da wir zwei Zeitschriften besitzen, wo wir eine Macht sein wollen, mit der gerechnet werden soll, heute sind einige Personen, wenn auch die vernünftigsten und edelsten, hierzu nicht im Stande, nur eine Partei kann uns vertreten, nur eine Partei kann — eine Macht sein.

Statt einiger Personen, welche aus gutem Willen sich mit der Arbeiterfrage befassen, verbindet sich eine große Anzahl von Genossen, welche in allen Angelegenheiten gemeinsam aufzutreten sich öffentlich verpflichten. An das, was die Majorität der Partei beschließt, muß sich jeder Genosse halten. Diese Personen haben zwei Zeitschriften zur Verfügung, in denen alle gemeinsamen Angelegenheiten veröffentlicht werden. Diese Leute kann man nicht so leicht nach allen Windrichtungen auseinander treiben, denn es ist ihrer eine ziemliche Anzahl, man kann ihnen nicht so leicht eine Unbill zufügen, weil es welche giebt, die sich ihrer annehmen.

Eine solche Verbindung von Personen, welche eintig ein gemeinsames Ziel erstreben, so eine Verbindung, in welcher Einer für Alle einsteht, und Alle für Einen, wo Alle von einem Gedanken belebt öffentlich befehlen, daß sie gemeinsam arbeiten werden, um ihre Sache zum Siege zu führen, nennt man eine Partei.

Da, wo vor uns die Angelegenheit des allgemeinen Wahlrechts vorliegt, die Angelegenheit des Achtstundentages, die Bestimmung eines gewissen Lohnes, der nicht vermindert werden darf, da hilft nicht der gute Wille des Einen oder einiger, da bedeuten nicht viel die Stimmen, wenn auch Hunderte von Leuten, da braucht man die Massen, aber die Massen in eine Partei vereinigt. — Einen oder Einige kann man bezwingen, vernichten, beseitigen. — Mit einer Partei ist die Sache schwieriger.

Wir sind also den Windeln entwachsen, und auf dem Boden der Staatsgehehe stehend, werden wir das Tageslicht nicht scheuen. —

Eine Anfrage. Es sei für die Arbeiter gleichgiltig, ob sie Marx und Lassalle studiren oder nicht, soll, nach verschiedenen Zeitungen, Herr Regierungs-Baumeister a. D. Kehler in einer Arbeiterversammlung gesagt haben. Da die Nachricht nicht widerrufen worden ist, so fragen wir hiermit an, ob die betreffende Äußerung wirklich gemacht worden ist? Wir sind gewiß keine Personenvergötterer, wer aber die Arbeiter am Studium der wissenschaftlichen Begründer des Sozialismus hindern will oder wenigstens dieses Studium ihnen als etwas Gleichgiltiges hinstellt, der kann das Interesse der Arbeiter und der Sozialdemokratie nicht im Auge haben. —

Konservativer Weisheit. In der letzten Nummer des „Reichsboten“ lesen wir:

Die Sozialdemokraten thun immer so, als wenn die übrigen Volksklassen den Staat und die Geseze für sich ausbeuteten, klagen über Ungleichheit vor dem Geseze und stellen sich gern als die Verfechter der Gleichheit hin. Nun besteht ein Paragraph der Reichsverfassung, wonach während der Sitzungsperiode ein gegen einen Abgeordneten schwebendes Gerichtsverfahren auf Beschluß des Reichstages hin eingestellt werden muß. Streng genommen könnte die Sozialdemokratie gegen diese Bestimmung von obigem Gesezpunkte aus polemisiren; denn kein anderer Bürger genießt dieses Privilegium. Nun hat aber der sozialdemokratische Abgeordnete Stadthagen diese Gesezbestimmung, um ein bei dem Ehrengericht der Anwaltskammer gegen ihn schwebendes Verfahren mit Berufung auf dieses Privilegium während des ganzen Sommers hinauszuhalten und hat sich dabei darauf gestützt, daß der Reichstag im Frühjahr nicht geschlossen, sondern nur verlag worden ist. Formell ist das ja richtig, aber was hat diese Verlegung, die lediglich deshalb beschlossen wurde, weil man die Verabreichung der Arbeiterschuh-Vorlage nicht wieder wollte von vorne anfangen, was hätte geschehen müssen, wenn der Reichstag geschlossen worden wäre, mit Stadthagen's persönlicher Sache zu thun, was hätte ihn gehindert, dieselbe während des Sommers zum Austrag bringen zu lassen, wo keine Reichstags-Sitzungen stattfanden? Nun aber benutzt der Sozialdemokrat Stadthagen dieses Privilegium, um seine Rechtsache ziemlich ein ganzes Jahr hinauszuschleppen. Ist das nicht eine ganz unerhörte Ausbeutung eines Privilegiums zu persönlichem Vortheil? Wo hat je ein anderer Abgeordneter etwas Ähnliches gethan?

Wie mag es in dem Schädel des Bedauernswerthen aussehen, der diesen Gallimathias geschrieben hat? Der Mann wollte sagen: die Sozialdemokraten sind prinzipiell Gegner aller Vorrechte; die zeitweilige Befreiung der Abgeordneten von Strafverfolgungen ist ein Vorrecht, konsequenter Weise müßten die Sozialdemokraten auf dieses Vorrecht für sich verzichten, sie thun es eben nicht — ergo sind sie inkonsequent.

Das wäre zwar dumm gewesen, aber doch logisch.

Dumm, weil der besagte Verfassungsartikel den Abgeordneten kein Vorrecht vor anderen Staatsbürgern gewährt, sondern ein Recht, daß sich an das Mandat des Volksvertreters knüpfen muß, wenn dasselbe überhaupt Werth haben soll — ein Recht, welches zur Ausübung des Mandats nothwendig ist.

Daß dem „Reichsboten“ dieses Recht der Volksvertreter ein Dorn im Auge ist, wissen wir, allein das kann doch für die Sozialdemokraten kein Grund sein, auf ein Recht zu verzichten, dessen unsere Abgeordneten bedürfen, um ihre Schuldigkeit als Volksvertreter zu thun, und um namentlich auch der Sippe des „Reichsboten“ nachdrücklich zu Weibe zu gehen.

Und nun bitten wir den unglücklichen „Reichsboten“-Mann, daß, was er gesagt hat, mit dem, was er sagen wollte — und was wir gutmüthig an seine Stillschreibung geschrieben haben, — zu vergleichen und das nächste Mal nicht ganz so sextanerhaft zu schreiben.

Von Herrn Schneidt erhalten wir folgende „Berichtigung“:

Löbl. Redaktion! Aus Ihrer Mittheilung in Nr. 288 geht hervor, daß Sie mich für die Telegramm-meldung des Depechenbureaus „Herold“, welche sich mit dem angeblich geplanten internationalen Bergarbeiter-Streit beschäftigt, verantwortlich machen. Demgegenüber erkläre ich, daß ich an der Veröffentlichung dieser Meldung in keiner Weise theilgenommen bin. Auch sind Sie falsch informiert, wenn Sie annehmen, daß ich in dem Bureau Herold arbeite. Ich sende dem Bureau dann und wann zuverlässige, thatsächliche Mittheilungen, für welche ich natürlich ein entsprechendes Honorar empfangen; darauf beschränke ich aber auch meine Beziehungen zum „Herold“, auf dessen sonstige Meldungen ich nicht den geringsten Einfluß habe. Nachrichten, welche die Sache der Arbeiter schaden könnten, versende ich grundsätzlich nicht.
Berlin, 10. Dezember 1890.

Karl Schneidt,
Redakteur.

Aus vorstehender Berichtigung ersehen wir, daß Herr Schneidt zwar nicht in dem Bureau, aber für das „Herold“-Telegraphenbureau arbeitet. Wir waren also gut berichtet. Ueber die Begriffe „zuverlässig“ und „thatsächlich“ streiten wir nicht mit Herrn Schneidt. Was wir über die Alarm- und Sensationstelegramme des fraglichen Bureaus sagten, erhalten wir im vollsten Umfange aufrecht und haben wohl gelegentlich noch Weiteres hinzuzufügen. Red. d. „B. V.“

Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt: Die Magdeburger Zeitung brachte vorgestern, und nach ihr andere Blätter, die Mittheilung, die Verabschzung der landwirthschaftlichen Zölle auf die Höhe, welche dieselben vor der letzten Steigerung des Zolles (im Jahre 1887) hatten, sei von der Regierung fest beabsichtigt.
Diese Mittheilung entbehrt jeder Begründung.

*) In der „Germania“ lautet die betreffende Notiz:

Der sozialdemokratische Regierungsb. Baumeister a. D. Kehler, welcher der Sozialdemokratie schon mannigfache Verlegenheiten bereitet hat, äußerte in einer hier abgehaltenen Volksversammlung, es sei unnöthig, daß die Arbeiter sich mit den Schriften von Marx und Engels befassen. Das Studium praktischer Schriften, führte er aus, z. B. der Fabrikinspektoren-Berichte, wie sie der badische Gewerbedrath Wridhoffer liefert, nütze weit mehr; ohne Marx und Lassalle würde die heutige sozialdemokratische Arbeiterbewegung gerade so weit sein.

Theater.
 Freitag, den 12. Dezember.
Opernhaus. Oberon, König der Effen.
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg.
Kessing-Theater. Die Ehre.
Berliner Theater. Demetrius.
Deutsches Theater. Die Kinder der Gyzellen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Wallner-Theater. In Hemdbärmeln.
Kessing-Theater. Der Kampf ums Dasein.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Pellealliance-Theater. Familie Knickmeyer.
Ostend-Theater. Vor Sonnenaufgang.
Thomas-Theater. Der Soldatenfreund.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Bürgerliches Schauspielhaus. Der Fisonkel.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.
 Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
Clara Conrad, Pieder- und Balz-sängerin.
Jenny Reimann, Kostüm-Soubrette.
Mr. Samitti mit seinen dressierten Hunden.
Mr. O. Worch, Produktionen an römischen Ringen.
Max Menzel, Gesangs-Komiker.
Mr. Koberstein, Malabarist.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf.
 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stabliement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Grosses Concert.
 Direktion A. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Wochentags 10 Pfg.
 Sonn- und Festtags 25 Pfg.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausbeute von Bagenhof
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'sche Bierhallen
 Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern,
 ausgeführt von dem Musik-Direktor
 H. Sautleben.
 Wochentags: Frei-Concert.
 Sonntags Entree 20 Pf.
 Empfehlung auch zugleich 8 Billards,
 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 703 F. Sadtke.

Passage-Panopticum.
 Unter den Linden 22/23. [742]
Lebensgroße
Wachsfiguren.
 Panoramen.
 Dioramen.
 Ethnographische
 Sammlungen.
 Italienische
 Volkslieder.
 Entrée 50 Pf.
 Geöffnet von
 10 bis 9 Uhr.

Castan's Panopticum.
 Entrée 50 Pfg.,
 Kinder 25 Pfg.
 8-9 Uhr Morgens
 bis 10 Uhr
 Abends.
Amazonen-Corps
 Vorstellung
 Vorm. 11 1/2 u.
 12 1/2 Uhr.
 Nachm. 4 1/2-9 1/2 Uhr
 ständl. eine Vorstellung.
 Extra-Entrée 30 Pfg.
 Kinder frei.

Neu. City-Passage. Neu.
 Dresdener-Strasse 52.
 1815 Täglich:
Rudolf Förster-Konzert.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 20 Pf.
Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins
 Dr. Hoesch, homöopath. Arzt.
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Circus Renz.
 Karlstraße.
 Freitag, den 12. Dezember,
 Abends 7 Uhr:
Komiker-Vorstellung.
 Auftreten der Clowns C. Godlewsky,
 Paul und William, Herrmann, Gebr.
 Dianta und Barne, Francois, 3 Gebr.
 Briatore, Misto zc. in ihren komischen
 Entrees und Intermezzos. Außerdem
 Prinz Carneval und sein Gefolge,
 komisch equestrisches Arrangement mit
 12 Freiheitspferden von Herrn Renz.
 Außerordentliche Trempelstünge mit
 Doppelfaltmortales über 4, 6, 8 u. 10
 Pferde. Schulpferd Coriolan, ger. v.
 Fel. Oceana Renz, Wiener Cigari-
 Quadrille, geritten v. 16 Damen. Der
 phänomenale Reitlehrer Mr. J. J.
 Clarke. Miß Jampot, amerikanische
 Gymnastikerin. Auftreten der Reit-
 künstlerinnen Frl. Billie Meers, Adele,
 und Briatore. Zum Schluss der Vor-
 stellung: Leben und Treiben auf dem
 Eise. Großes Ausstattungsstück mit
 Ballet in 4 Akten.
 Täglich: Vorstellung.
 Sonn- u. Feiertags: 2 Vorstellungen,
 um 4 u. 7 1/2 Uhr.
 E. Renz, Direktor.

Circus Schumann.
 Friedrich-Karl-Str.
Der Circus ist gut geheist!
 Heute, Abends 7 1/2 Uhr:
Große Brillant-Vorstellung,
 mit neuem, vorzüglich gewähltem Pro-
 gramm.
 Zum 7. Male:
 In Berlin noch nicht dagewesen!
Circus unter Wasser.
 Sensationelle Wasser-Pantomime.
Eine ländl. Hochzeit.
 Große komische, equestrische Pantomime
 mit Ballet.
 Natürliches Wasser überflutet in einer
 Minute die Manege.
 Natürliche Ruderboote u. Dampfboote.
Specialität.
Die 4 Wassernymphen,
 Alles übrige wie bekannt.
 Morgen: Große Vorstellung. Zum
 8. Male: Die großartige Wasser-
 Pantomime: Eine ländliche Hochzeit.
 Sonntag: Zwei Vorstellungen,
 Nachmittags 4 und 7 1/2 Uhr. Nach-
 mittags 1 Kind frei.

Mehlhandlung
L. Brachvogel,
 Mantuffelstr. 75.
 Zum bevorstehenden Feste empfehle
 ich meine nach jeder Richtung vorzüg-
 lichen und preiswerthen Mehle (aus-
 gezeichnet baken). 1870
 Rosinen, Mandeln, Biscuits zc.
 Wiener Mehl . . . 4 Pfd. 23 Pf.
 Kaiser-Ausgangsmehl . . . 18 "
 Weisses Weizenmehl . . . 70 "
 Sultaniinen . . . 40 u. 50 "
 Große Rosinen . . . 40 "
 Korinthien . . . 40 "
 Mandeln, süß u. bitter . . . 120 "

Geschäftshaus S. Heine
 Chausseestr. 14.
Weihnachtsmesse!
 Auslage von Neuheiten
 in **Feleiderstoffen**
 für die Frühjahrs-Saison 1891.
 von
Ausverkauf Lagerbeständen
 zu bedeut. herabgesetzten Preisen!
 Die **schönsten Kinderkleider**
 für Mädchen jeden Alters, sowie
 Morgenröcke, Unterröcke,
 Eriostailen, Schürzen etc.
 auch im Einzelverkauf sehr billig!
 Maßbestellungen prompt!
Geschäftshaus S. Heine.

Kohlsbat A. Goldschmidt,
 Spandauerbrücke 6,
 am hiesigen Plage bekanntlich
Größte Auswahl. Garantiert
stark brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste
 Preise! Sämtliche im Handel
 befindl. Kohlsbats sind am Lager.
 A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
 am Gatte'schen Markt. [743]

Holzschuh u. Filzschuh.
 Fabrik und Lager aller Sorten Herren-,
 Damen- und Kinderstiefel.
Chr. Geyer,
 4 Oranienstr. 4.

An die Bildhauer
 Berlins!
 Kollegen!
 Hof-Möbelfabrikant J. Eysler in
 Nürnberg steht sich veranlaßt, in Ber-
 liner Blättern nach Bildhauern zu
 suchen. Ihr alle wißt, daß wir mit
 obiger Firma uns im Kampfe befinden
 und erwarten wir von Euch Kollegen, daß
 Ihr uns insofern unterstützt, als der
 Zugang nach Nürnberg ferngehalten wird.
 Herr Eysler möge sich an seine aus-
 gesperren Bildhauer wenden, wir haben
 in Nürnberg Kräfte genug vorhanden.
 Der einzige Zweck, den obige Firma
 im Auge hat, ist, billigere Arbeitskräfte
 zu erhalten.
 Mit kollegialischem Gruß
 J. E.
 2076 H. Werthmüller.

Achtung Vergolder!
 Wegen Lohnabzug haben die Ver-
 silberer der Firma August Werk-
 meister, Brunnenstr. 150/151 die Kr. eit
 eingestellt. 2083
 Zugang ist fernzubalten.
 Der Vorstand der Filiale Berlin.

**Fachverein der Gas-, Wasser-
 u. Heizungs-Mohrleger**
 u. Berufsgenossen Berlins u. Umgegend.
Sonntag, den 14. Dezbr.,
 Vormittag 10 Uhr:
Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Punkt: Entgiltige Verabreichung der
 neuen Statuten.
 2. Punkt: Aufnahme neuer Mit-
 glieder.
 3. Punkt: Verschiedenes u. Fragen.
 2080 Der Vorstand.

**Unterstützungsverein d. Bürsten-
 u. Pinselmacher Deutschlands.**
 Filiale Berlin.
Versammlung
 am Sonntag, den 14. Dezember 1890,
 Bergstr. 12.
 Tages-Ordnung:
 1. Entrichtung der Beiträge u. Auf-
 nahme neuer Mitglieder. 2. Berich-
 terhaltung des Vereins-Verzeichnisses.
 3. Abrechnung vom letzten Kränzchen.
 4. Lokalkasse. 5. Verschiedenes. 2086
 Die Mitglieder werden ersucht, die
 Eintrittskarten vom Kränzchen mit-
 zubringen. Der Bevollmächtigte.

Köpenick!
**Deffentl. Schuhmacher-
 Versammlung**
 am Montag, den 15. Dezbr.,
 Abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lage der Schuhmacher und
 ihre Stellung zur Organisation. Ref.:
 F. H. R. 2. Diskussion. 3. Ver-
 schiedenes. 2027a
 Gäste sind willkommen.
 Der Einberufer.

**Lehrkursus der Berliner Arbeiter
 u. Arbeiterinnen zur ersten Hilfe
 bei Unglücksfällen.**
Sonntag, den 14. Dezember,
 Abends 5 Uhr,
 bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:
Versammlung
 der Berliner Arbeiter u. Arbeiterinnen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des pratt. Arztes Dr. Bern-
 stein über Schwundstich, mit besonderer
 Berücksichtigung der neuesten Behand-
 lungsmethode. 2. Verschiedenes.
 Nachdem gemüthliches Zusammensein.
 Der nächste Damentanz findet am
 15. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, daselbst
 statt. Der nächste Männeranzug am
 12. Januar 1891. Mitglieder werden
 in beide Abtheilungen aufgenommen.
 Gäste haben Zutritt. 2080
 Der Vorstand. J. A.: Gust. Dietrich.

Allgem. deutscher Sattlerverein
 (Mitgliedschaft Berlin.)
 Sonnabend, den 13. Dezember,
 Abends 8 1/2 Uhr,
 bei **Royer,** Alte Jakobstraße 83:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des
 Kollegen Sassenbach. 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes. 2084
 Der Vorstand.

Verband d. Zimmerleute
 Berlins.
Montag, den 15. Dezember 1890,
 Abends 8 Uhr. 2089
 bei **Feuerstein,** Alte Jakobstr. 75:
Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn
 Türl über Regenprozesse. 2. Verschiedenes.
 Sämtliche Zimmerleute sind freund-
 licher eingeladen. Der Vorstand.
 Zithern. Spezialität. Kölscher:
 Fischmarkt 1.

Fachverein der Tischler.
 Freitag, den 12. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Orschel's Salon, Sebastianstraße No. 39!
 Außerordentliche
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Will. Schmidt (Frankfurt)
 über die Gewerbeordnung - Novelle. 2. Diskussion. 3. Antrag König und
 Genossen und verschiedene Anträge, Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und
 Fragelosen.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet
 2022a Der Vorstand.

Tischler-Verein.
 Am Sonnabend, den 13. Dezember cr., Abends 9 Uhr,
 „Sansfouci“ (oberer Saal), Kottbuserstr. 4a:
General-Versammlung.
 Tagesordnung: Wahl des gesammten Vorstandes für das Jahr 1891.
 Nur Mitglieder haben Zutritt. — Das Quittungsbuch legitimirt.
 Willens zu dem am 1. Weihnachtstage in „Keller's Hofjäger“ statt-
 findenden Vergnügen sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben.
 2077 Der Vorstand.

Grosse Versammlung
 des Allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins
 Berlins und Umgegend
 am Freitag Abend 8 1/2 Uhr, im Lokale „Sansfouci“, Kottbuserstraße 4a.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn Molkenbuhr. 2. Dis-
 kussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. Herrn als Gäste
 willkommen. [2092] Der Vorstand.

Achtung, Möbelpolierer!
 Deffentliche Berammlung sämtlicher Arbeitgeber und
 Mitglieder der Orts-Frankenkasse der Möbelpolierer
 am Sonntag, den 14. Dezember cr., Vormittags 10 Uhr,
 in Joel's Salon, Andreasstraße 21.
 Tagesordnung: Wahl von Delegirten zur General-Versammlung.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
 2078 Die Wahlkommission.

Freie Bereinigung der Bauarbeiter Berlins.
Sonntag, den 14. d. Mts., Vormittags 11 Uhr,
 in Scheffer's Salon, Inselstraße 10:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Stadtv. F. Tubell über das Unterrichts-gesch. 2. Vereins-
 angelegenheiten. 3. Verschiedenes und Fragelosen. 2091
 Aufnahme neuer Mitglieder. Verlesung derjenigen Mitglieder, welche
 sich weigern, die Extrasteuer für die Monate Juni, Juli, August u. September
 zu zahlen. — Die Versammlung wird präzis 11 Uhr eröffnet. Um zahlreiches
 und pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Achtung, Weissensee!
Große öffentliche Volks-Versammlung
 für Männer und Frauen
 am Sonntag, den 14. Dezember cr., Mittags 1 Uhr,
 in Devel's Salon, Königs-Chaussee Nr. 94.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Religion der Zukunft. Ref. Theodor Metzner (Berlin). 2. Dis-
 kussion. 3. Wie stellen sich die Einwohner Weissensees zur Gründung einer
 freien Gemeinde für Weissensee. 4. Verschiedenes. 2087
 Das Erscheinen sämtlicher Einwohner Weissensees, ohne Unterschie-
 der Partei, ist dringend geboten. — Der Pfarrer ist brieflich eingeladen.
 Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. Der Einberufer.

Deffentliche Berammlung
 der
Maurer
 von Steglitz, Friedenau und Umgegend
 am Sonntag, den 14. Dezember cr., Nachmittags 1 Uhr,
 im „Kurbau“ Friedenau.
 Tagesordnung: 1. Vorlage der Statuten. 2. Wahl eines definit-
 iven Vorstandes. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 2085 Der Einberufer.

Freie Volksbühne.
Große öffentliche Berammlung
 am Sonnabend, den 13. Dezember cr., im Konzerthaus „Sansfouci“,
 Kottbuserstraße Nr. 4a.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über „Der
 Volksfeind“ von Henrik Ibsen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 2086
Zur Beachtung!
Sonntag, den 14. Dezember cr., findet für die II. Abtheil-
 ung (grüne Karten) der Mitglieder der „Freien Volksbühne“ im Odeon-
 Theater, Or. Frankfurterstraße, die erste Vorstellung statt. Zur Auf-
 lösung der Pläke beginnt Nachmittags 1 Uhr, die Vorstellung um 2 Uhr.
 Wir bitten die Mitglieder sich rechtzeitig einzufinden. Der Vorstand.

Genossen! Euch zur Nachricht, daß
 der Schlächtergeselle **Carl Aurin,**
 welcher von dem Fleischhändler Sagert,
 Zentral-Markthalle, Stand Nr. 10, ge-
 maßregelt u. entlassen wurde,
 weil er für die Interessen der Arbeiter
 eingetreten ist, einen 2016
Fleisch-Verkauf
 in der Central-Markthalle (am
 Alexanderplatz), Verkaufstand Nr. 148,
 eröffnet hat. Wir ersuchen Euch und
 Eure Frauen, bei Fleischkäufen den
 Genossen **Aurin** berücksichtigen zu
 wollen. Daß Aurin einen schweren
 Stand unter den Konkurrenten hat, da
 er ein Sozialdemokrat ist, brauchen
 wir Euch nicht näher zu erläutern.
 Die Delegirten
 der Schlächtergesellen Berlins zur
 Streik-Kontrollkommission.
 J. A.: Schwartze, Oberbergerstr. 45.
Meyer's, Brockhaus'
 Lexicon, Bücher, Bibliotheken laust
 A. Nannemann, Kochstr. 56. [2044
 Telephon-Nr. 16. 2027

Muffen!!
 (Durch Zufall spottbillig.)
 Echte Peizmuffen 1,50 M.
 Waschbär 4 M. Opossum
 3 Marl. Pelz-Garnituren,
 Stück 1,25 M. 1-33

Dranienstr. 158.
 Im Tuchgeschäft
 jetzt **Dranienstr. 126, L.**
 Herren- und Knaben-
 Anzüge, Paletots,
 sowie Damenkleider etc.
 Auf Wunsch auch gegen
 Chyrlzahlungen. 1908

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

39. Sitzung vom 11. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Caprivi, von Bötticher, von Maxhahn, von Marschall, von Hollmann u. A.

Die erste Sitzberathung wird fortgesetzt.
Abg. Bebel: Die erregte Art und Weise, in der die bestehende Steuer- und Zollsystem beantworteten, hat den Eindruck gemacht, als wenn die Herren selbst fühlten, daß sie ihrer Sache nicht mehr ganz sicher sind und sie für gefährdet halten. Ich bin aber überzeugt, daß die Annahme des von unserer und deutschfreimüthiger Seite gestellten Antrages auf Befreiung, resp. Ermäßigung der Zölle für den Handel nicht mehr zu denken. Ich bin aber überzeugt, daß wenn diese Frage heute wie vor 2 1/2 Jahren der Wählerchaft vorgelegt würde, das Resultat der Wahl noch ein ganz anderes sein würde, als am 20. Februar d. J. Die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung will von der bisherigen Steuer- und Zollpolitik nichts wissen. Man hat behauptet, daß die Agrarfrage notwendig sein, weil sie dem kleinen Bauern und ländlichen Arbeiter von Vortheil seien. Dem widerspricht die Thatsache, daß die ländlichen Arbeiter in großen Scharen nach den Städten hin drängen, und daß die Agrarier selbst in ihren Versammlungen und Kongressen fortgesetzt die Mittel und Wege besprechen, diesem Drängen Einhalt zu thun. Die sogenannte Sachverständigen sind ein Beweis, daß die ländlichen Arbeiter sich zu Hause nicht wohl fühlen. Dieser Zug ist so charakteristisch, daß er in der Volkszählung zum klaren Ausdruck gekommen ist. Von 1875-85 hat die städtische Bevölkerung in Preußen 20 pCt., die ländliche nur 4,8 pCt. zugenommen. In Pommern, also einer agrarischen Provinz, hat die Bevölkerung 0,7 pCt. abgenommen. Aber selbst in denjenigen deutschen Landestheilen, in denen der kleine Grundbesitzer beinahe ausschließlich dominiert, z. B. in Hessen-Nassau, hat die Bevölkerungszunahme nur 2,9 pCt. betragen. Die letzte Volkszählung wird wahrscheinlich noch ungünstigere Resultate aufzuweisen. In der fruchtbaren Ost- und Westpreußen betrug die ländliche Bevölkerung 1865 100 000 Seelen, 1885 nur noch 85 000 Seelen. Gestern erhielt ich aus dem Leobschütz Kreis einen Brief, worin ich gebeten wurde, hier mitzutheilen, in welcher geradezu unglücklichen Lage sich die dortige Arbeiterbevölkerung in diesem weiten dem Großgrundbesitz verfallenen Kreise befindet. Seit dem 1. Oktober erhielten die Arbeiter täglich ausschließlich der Kost 40 Pf., im Sommer 60 Pf., allerdings sind einige Feigen Land dabei und Wohnungen, aber welche - Wohnungen! 1872 auf der Konferenz der ländlichen Arbeitgeber in Berlin erklärte Herr v. Wöben, zahlreiche Großgrundbesitzer machten für ihre Schweinehälften größere Aufwendungen, als für die Arbeiter. Im Wahlkreis des Herrn v. Karzdorf erhielten die Arbeiter täglich 50 Pf. im Winter und 75 Pf. im Sommer. Die Wohnungen im Leobschütz Kreis sind so niedrig, daß es ein Wunder ist, daß Amtsversteher und Polizei derartige Wohnungen überhaupt zulassen. Im Osten ist es nicht anders. Nach dem Bericht eines Medizinalbeamten in Gumbinnen ist die Entstehung von Infektionskrankheiten auf den desolaten Zustand der ländlichen Wohnungen zurückzuführen. Diese Zustände erwecken die Unzufriedenheit der Arbeiter und erzeugen eine förmliche Völkerwanderung. Der Osten zieht nach dem Westen und nach den Industriebezirken. Herr v. Frege hat mit einer Art von Hohn gesagt, wir hätten zwar die Agitation unter den ländlichen Arbeitern angefangen, aber wir schienen doch dabei einen Stein des Anstoßes zu finden, wie gewöhnlich die Reaktionen des „Berl. Volksblattes“ darthäten. Ständen solche Reaktionen in jenem Blatte, so würde das nur beweisen, daß wir uns allerdings der Schwereigkeiten, welche die ländliche Agitation für die Sozialdemokratie bietet, voll bewusst sind; aber wir glauben, daß wir deswegen von dieser ländlichen Agitation abzusehen werden, wäre sehr verfehlt, und ich kann Ihnen im Vertrauen sagen, daß, wenn wir erst das nöthige Material aus allen Ecken und Enden Deutschlands für diese Agitation zusammengetragen haben werden, wir eine kräftige Agitation auf dem Lande in Scene setzen werden, die nach meiner Ueberzeugung Thatsachen ans Tageslicht bringen wird, wie man sie am Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland nicht für möglich halten sollte. Der 20. Februar sollte ein Meeres-Telegraph für die Herren sein. In Sachsen sind unsere Stimmen von 151 000 Stimmen zu 230 000 gestiegen, in dem Agrarlande par excellencos Westfalen sind wir in vier Wahlkreisen in die engere Wahl gekommen, und einer der ersten Agrarier Deutschlands, Herr v. Diehe-Barby, ist sogar in Domäne Wschersleben einem Sozialdemokraten unterlegen! Es fängt eben überall schon an dem Lande an zu dünnern. Herr v. Frege sagte, wir zerstörten die Religion und die Sittlichkeit. Für einen Mann des Agrarismus ist Religion und Sittlichkeit natürlich gleichbedeutend. Ich kann sehr stillschweigend und brauche gar keine Religion zu haben (Unruhe rechts), und ich glaube es mit Herrn v. Frege in der Öffentlichkeit in jeder Beziehung aufnehmen zu können. Wäre ich Großgrundbesitzer, so würde ich es mit meiner Sittlichkeit nicht vereinigen können, für die Agrarfrage, Viehzucht und für die Zuckerämtern zu stimmen. (Lebhafte Zustimmung links, Unruhe rechts.) Die eigenen Partei- und Glaubensgenossen des Herrn v. Frege haben uns darüber aufgeklärt, wie es mit der Sittlichkeit auf dem Lande aussieht. Ich erinnere ihn an einen Vortrag seines Freundes und Glaubensgenossen Dr. v. Wächter in einer Litzjaner Versammlung in Grimma über die sozialen Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande. Darin war von der Sozialdemokratie gar keine Rede, wohl aber wurden als höchbedenklich für den weiblichen Theil auf dem Lande die Herren Großgrundbesitzer, ihre Herren Beamten und zur Zeit der Manöver die Herren Offiziere bezeichnet. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich werde diesen Passus der nächsten Auflage meiner Schrift „Die Frau und der Sozialismus“ einverleiben. Die Deuchelei ist auf keinem Gebiete so groß, wie auf dem Gebiete der Moral und Religion. Ich habe mich nicht getraut, Atheismus zu sein; ich habe nur ausgesprochen, was ich bin. Ich sage, was ich denke, während es im Reichstage, insbesondere auch in der Partei des Herrn v. Frege, und Materialisten genug giebt, die nicht den Muth haben, zu sagen, was sie sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Atheismus ist keine sozialistische Spezialität. Ich huldigte im vorigen Jahrhundert vor Allem die Aristokratie in Frankreich. Novespierre bezeichnete den Atheismus gerade als eine ari-ökatische Gründung, als er die Wiederherstellung des höchsten Wesens beantragte. Sie mögen mit solchen Beschuldigungen bei den unwissenden Arbeitern auf dem Lande Glück haben, bei den aufgeklärten Arbeitern zeigt die Statistik über den Grundbesitz im Königreich Bayern, daß der Hauptanteil an den Gütern die Besitzer unter 10 Hektaren liefern. Das wäre nicht möglich, wenn die kleinen Bauern wirklich so günstig ständen wie behauptet wird. Der kleine Bauer, der das ganze Jahr über beim Fleischer, Krämer, Schneider, Schuster u. s. w. borgt, hat nichts Eiligeres zu thun, als seine Güter sofort zu verkaufen, und ist also doppelt geschädigt. Ebenfalls wie die Zinnschuldigkeit den Bankrott des kleinen Hand-

werks aufhalten kann, ebensowenig können die Agrarzölle den Ruin des kleinen Besitzers aufhalten. Nach der Statistik von 1882 bebaut der Grundbesitz über 2 1/2 Mal mehr als die ganzen 98 pCt. der übrigen Grundbesitzer. (Hört, hört! links.) Die 17 größten Grundbesitzer haben insgesamt 1/3 der gesamten anbaufähigen Fläche im Deutschen Reich in ihrem Besitz. Diesen Thatsachen gegenüber behaupten zu wollen, daß es nicht der Großgrundbesitz ist, der von unserer Agrarpolitik Vortheile zieht, ist etwas dreist. Die großartigen Profite verwendet er nun zum Theil dazu, um kleinere und mittlere Grundbesitzer auszulaufen und das Latifundienssystem zu erweitern. Jeder, der in einer Gegend aufgewachsen ist, wo der Großgrundbesitz eine Rolle spielt, weiß, daß ein kleines Gütchen, ein Bauerlein nach dem anderen verschluckt wird. Wie hat sich Fürst Bismarck geäußert, daß mitten in seinem Besitzthum ein kleiner Bauer sah, der sich Jahre lang weigerte, ihm sein angeerbtes Gut zu verkaufen! Ueberall, wo ein Bauer Geld braucht, wird er veranlaßt, sein Gut zu verkaufen, und er erhält in diesem Falle sogar einen anständigen Preis, denn die Arrondierung des Besitzes kommt den Großgrundbesitzern auch wieder in anderer Weise zu gute. Haben nun diese von der Richtung unserer Wirtschaftspolitik Vortheile, so muß die ganze übrige Bevölkerung Nachtheil und Schaden haben. Nach unserer Steuerpolitik haben wir nur über 6 pCt. der Bevölkerung, die ein Einkommen von über 1500 Mark besitzen. Also 94 pCt. der Bevölkerung hat weniger Einkommen und trägt die Lasten des Staats bei unserem indirekten Steuersystem. In den ländlichen Bezirken Sachsens ist die Noth so groß, daß die Kinder über die österreichische Grenze nach Troppau und Jägerndorf geschickt werden, um von dort das zollfreie Quantum Mehl für ihre Eltern einzulaufen. Die Kinder werden sogar unter unrichtigem Namen über die Grenze geschickt, da die Zollbehörde nur für jede Familie einzeln das Recht auf den Bezug eines gewissen Quantum Mehl gelten lassen will, dessen Preis in Oesterreich auf 6 Pfund schon um 20 Pf. billiger ist, als auf deutschem Gebiet. In welchem Maße unsere Wirtschaftspolitik eine Klassenpolitik ist, zeigt der Ertrag der Getreidezölle, der im vorigen Jahre 100 Millionen Mark ausmachte, und der Umstand, daß solche indirekten Abgaben die zahlreicheren Familien desto härter treffen, als geradezu wie eine Kopfsteuer wirken. Die Einnahmen des Reichs aus den Kaffeezöllen betragen im letzten Jahre 45 1/2 Millionen, die aus den Tabakzöllen 14 1/2 Millionen, die inländische Tabaksteuer 10 1/2 Millionen, die Salzsteuer 41 Millionen, die Branntweinsteuer 129 Millionen, die Biersteuer 23 Millionen, die Viehzölle 5 1/2 Millionen, der Reiszoll 3 1/2 Millionen. Alle diese Einnahmen treffen gleichfalls vorzugsweise die ärmeren Klassen. Ein Regierungssystem, das auf eine solche Zollpolitik gegründet ist, kann von den arbeitenden Klassen nicht mit Freuden begrüßt werden. Auch wir erkennen an, daß der Staat Steuern braucht. Der Abg. Windthorst hat darauf hingewiesen, daß auch meine Partei Abgaben erhebt, und daß auch wir ein abgestuftes Klassensystem darin haben. Ich beweise, ob seine Aeußerungen ernst gemeint waren. (Abg. Windthorst: Sehr ernst!) Wir wollen nur, daß wir alle Steuern zahlen sollen, auch alle arbeiten sollen, daß auch zu den Ausgaben des Staates alle nach ihren materiellen Kräften beitragen sollen. Die materiellen Kräfte sind in dem Vermögen, in dem Besitz gelegen, und da unser Staat vorzugsweise eine Schutzanstalt für dieses ist, so müßten die Reichen, um deren Gut es sich hier doch vorzugsweise handelt, auch am meisten beisteuern. Man hat nun aber nicht allein die Finanzen des Reiches auf ein indirektes Steuersystem gegründet, sondern dieses sogar zu einer Quelle für die Einzelstaaten gemacht. Vor 10 Jahren hätte man diese Thatsache kaum für möglich gehalten. Als am 23. November 1876 Fürst Bismarck sein Steuerprogramm hier entwickelte, waren mit ihm auch die Abg. Lasser und Löwe einig, daß die Steuern, die aus dem Reiche aufgebracht würden, auch allein zur Deckung des Reichsbedürfnisses verwendet werden sollten. Daß die Einzelstaaten jetzt wie kleine Reiche mit 70 Millionen Geweisselt werden, ist eine Ungerechtigkeit, die die Majorität des Reichstages sich nicht hätte zu Schulden kommen lassen sollen. Das ist es, was die armen Klassen empört, eine Kenntniß solcher Zustände werden wir uns auch bemühen in ländliche Bevölkerungskreise zu tragen. Herr Dr. Windthorst sagt, wer viele Leute beschäftigt und ernährt, bezahlt damit auch das Soudvorschießen an indirekten Steuern und Zöllen, wie der Arbeiter. Das ist richtig, aber Herr Windthorst übersieht, daß der Arbeiter mit seinen Händen wieder für den Reichen sehr viel größeren Nutzen schafft. Man hat ja eine kleine Lücke jetzt mit der neuen Einkommensteuer - Vorlage auszufüllen versucht, aber das wird auch bald wieder aufgewogen werden von neuen drohenden Mehrbelastungen, die die breiten Massen treffen, z. B. einer Erhöhung der Brausteuer. Es bleibt dabei, wenn es in der Welt etwas Ungerechtes giebt, im höchsten Sinne, so ist es die jetzige Steuerpolitik in Staat und Reich. Herr Dr. Windthorst sprach auch von dem inneren Zwiespalt der sozialdemokratischen Partei; nun, ich kann ihm sagen, daß die „Jungen“ und wenig Kopfschmerzen machen. Sind wir unfähig, so müßen andere Männer an unsere Stelle treten; aber Sie haben sich so oft schon in Ihren Erwartungen auf den Zerfall der Sozialdemokratie getüschelt, und diesmal kommt es genau ebenso. Sie laufen auf Alles, was wie eine Dissonanz klingt und posaunen es dann in alle Welt hinaus, damit haben Sie sich schon oft getüschelt. Herr Windthorst hat dann auch betont, daß unter Umständen zur Belämpfung unserer Freirebungen, zu ihrer Niederhaltung es selbst einer Verstärkung der Armee bedürfen könne. Nun, was die Armee unter Umständen in der Niederwerfung des „inneren Feindes“ geleistet hat, haben wir 1848 gesehen, und zwar nicht in Deutschland allein. Und bedenken Sie doch, in eben dem Maße, wie die Sozialdemokratie immer breitere Schichten des Volkes ergreift, dringt sie doch auch gleichzeitig in die Armee ein. Ueberhaupt ging in diesem Theile seiner Polemik gegen mich Herr Windthorst von ganz falschen Voraussetzungen aus, als ob ich gewaltsamen Umsturz gepredigt hätte. Mehr als ein Mal habe ich ausdrücklich gesagt, daß nach meiner Meinung die Zeiten vorüber sind, in denen eine gewaltsame Zerkümmern eines herrschenden Staats- und Gesellschafts-systemes noch möglich war; wir bedienen uns vielmehr der Mittel, die Sie selbst uns geben. In der Gesetzgebung, in der ganzen Oeffentlichkeit, in Ihrer eigenen Gesellschaftsorganisation, im Staats- und politischen Leben liefern Sie selber uns hundertfache Waffen zu Ihrer Belämpfung; und in eben dem Maße, wie Sie fortfahren, uns diese Waffen zu liefern, werden wir mit diesen Waffen ein neues Terrain erobern, bis wir, denke ich, eines Tages einfach dekretieren können, die Gesellschaftsordnung wird in der und der Weise reformirt. Die ihre Natur nach sich vollziehende Entwicklung der modernen Gesellschaftsordnung läßt eine solche Empörung in immer weiteren Kreisen erwachen, daß die Ueberzeugung von einer Nothwendigkeit der Umgestaltung mit oder ohne Gewalt sich Bahn brechen muß, und diese Umgestaltung wird eines Tages geschehen, wahrscheinlich ohne Gewalt. Ich kann mich irren; aber wie einmal die Dinge laufen, halte ich diese Wandlung ohne Gewalt für sehr wahrscheinlich. In dieser Beziehung sind wir vollendete Manchesterleute, wir lassen die Dinge gehen, wie sie gehen

wollen. Herr Windthorst sagt, das Altersversorgungsgesetz ist mal Gesetz geworden, also muß es in Kraft treten; gleichzeitig aber sagt er: hüten wir uns, mehr derartige Gesetze zu machen, denn wir betreten damit den Weg des Sozialismus! Das ist doch ein vollkommener Widerspruch. Hoffen Sie wirklich, mit solchen Gesetzen der Sozialdemokratie den Boden abzugraben, so müssen Sie doch nach dieser Richtung auf dem betretenen Boden möglichst rasch vorangehen. Aehnlich widerspruchsvoll war auch seine Haltung gestern zur Kolonialpolitik. Noch im Frühjahr sagte er: es handelt sich um die Befreiung des nachwüchigen Sklavenhandels, und diese große Kulturaufgabe kann nur auf dem eingeschlagenen Wege gelöst werden, also gehen wir weiter. Gestern war von dieser Kulturaufgabe mit keinem Worte die Rede; Herr Windthorst suchte vielmehr sein Ja zur Fortsetzung der Kolonialpolitik damit zu motivieren, daß möglicherweise doch noch eine Prosperität von Ostafrika erhofft werden könne, wenn erst eine Eisenbahn gebaut sei. Nun, die deutsch-afrikanische Gesellschaft wird ihm eine solche Eisenbahn nicht bauen; diese Gesellschaft, die jetzt schon über so geringe Mittel verfügt, wird vielmehr, nachdem sie einmal Reichssubvention erhalten hat, daran Geschmack finden und öfter kommen, sie wird sich hüten, ihrerseits weitere große Opfer zu bringen. Und daß viele Europäer über das Wasser gehen und in Ostafrika deutsche Kultur pflegen werden, ist auch nicht anzunehmen nach Allem, was wir bis jetzt wissen. Wir scheitern, daß die Bereitwilligkeit des Herrn Abg. Windthorst, neue Opfer wieder für die afrikanische Kolonialpolitik zu bringen, schlecht stimmt zu seiner sonst beherzigenswerthen Mahnung, die er an das Haus gerichtet hat, die äußerste Sparsamkeit zu üben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)
Abg. Windthorst: Ich habe für die Kolonialpolitik nur gestimmt, um die Sklavenjagden zu beseitigen. Ich habe nach den Ausführungen der Afrikanerenden die Hoffnung, daß sich dort Raum für deutsche Thätigkeit finden wird. Uebrigens habe ich noch gar keine Bewilligung ausgesprochen, sondern bisher nur verlangt, daß diese Forderung in einer besonderen Kommission berathen werden soll. Die Invalidenversicherung bringt Vielen einen Vortheil, aber ich würde gerade wegen des damit betretenen Weges noch heute dagegen stimmen, wenn sie von Neuem vorgelegt werden sollte. Was Herr Bebel als Fehler unserer Gesellschaftsordnung darstellt, sind nicht notwendig mit derselben verbundene Dinge, sondern nur Mißbräuche, die überall vorkommen. Herr Bebel hätte seine Rede auch einmal seinen Parteigenossen halten können. (Heiterkeit links.) Wenn die Herren ihre Kräfte richtig benutzen wollten, dann könnten sie auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung Manches thun zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, so haben Sie aber nichts gethan als verneint und bekrittelt. (Zuruf: Arbeiterschutz-Gesetz!) Herr Bebel hat das bestehende Zoll- und Steuersystem als fehlerhaft bezeichnet, ohne uns seinerseits ein neues vorzuschlagen. Was soll denn geschehen? (Zuruf: Abschaffen!) Herr Bebel hat doch selbst anerkannt, daß der Staat Geld gebraucht, da kann man doch die Steuern nicht einfach abschaffen! Wenn die Sozialdemokraten auf das Land gehen, werden sie schlechte Geschäfte machen, wenn sie sagen, daß alle Seligkeit auf Erden zu finden ist, daß es kein Jenseits giebt! Wenn die Herren das nicht sagen, dann werden wir das den Bauern sagen, was die eigentliche Meinung der Sozialdemokraten ist. Deshalb hätten die Regierungen alle Ursache, für die Aufrechterhaltung der Religion zu sorgen und nicht solche Schulgesetze zu machen, durch welche die Religion aus der Schule getrieben wird. (Heiterkeit links.) Daß die Sozialdemokraten keine Gewalt anwenden wollen, freut mich, denn gegen Gewalt würde Gewalt gesetzt werden; so lange Sie überhaupt den Gedanken nähren, daß Sie Gewalt gebrauchen könnten, so lange wird Ihnen in ähnlicher Weise begegnet werden. So lange Herr Bebel nicht seine neue Staats- und Gesellschaftsordnung und sein Steuerbudget uns vorlegt, so lange müssen wir ihm immer sagen, daß alle seine Reden nichts als die reine Agitation enthalten. Ich bin kein Lobredner der Lebensmitteldöle, aber wir können sie nicht entbehren, so lange wir kein anderes Schuttmittel für die Landwirtschaft haben. Kommt denn der Schutz der nationalen Arbeit nicht auch den Arbeitern auf dem Lande und in den Städten zu statten? Durch das Schutzsystem hat sich unser ganzes wirtschaftliches Leben neu gestaltet und wenn man jetzt da hineingreift, so zerstört man, was sich jetzt, gebessert hat. Es wird sich ja vielleicht notwendig machen, einzelne Zölle, auch die Getreidezölle herabzusetzen, zu ermäßigen infolge von Handelsverträgen, die wir abschließen. Aber wir haben keinen Anlaß, ohne Weiteres unsere Zölle zu ermäßigen und dadurch unsere heimische Industrie und Landwirtschaft zu schädigen. (Beifall.)
Abg. Pamberger (Dr.): Nicht auf unsere Reden hat sich Herr von Plener bezogen, wie der Herr Reichskanzler meinte, sondern nach dem ausführlichen Bericht hob Herr von Plener hervor, daß das Bündniß der industriellen und landwirtschaftlichen Schutzzöller gebrochen sei. Auf die Agrar- und Schutzzöller hat sich also Herr Richter berufen. Leider ist der 1879 geschlossene Pakt, nach welchem man gemeinsam dem Volke das Jell über die Ohren ziehen wollte, noch nicht aufgelöst. (Große Unruhe rechts; Zur Ordnung!) Herr v. Plener fühlte sich so als Herr der Lage, daß er meinte, die deutsche Regierung werde sich ganz monotonen Bedingungen gefallen lassen, namentlich dafür Garantie bieten müssen, daß anderen Staaten die gestellten Konzeptionen nicht ebenfalls zu gute kommen. Ich nehme von keiner deutschen Regierung an, daß sie sich so die Hände binden lassen würde. Herr Richter hat dagegen der deutschen Regierung zu Hilfe kommen wollen, indem er meinte, der Handelsvertrag mit Oesterreich wäre doch wohl nur der Anfang zu weiteren Vertragsabschlüssen. Die Regierung wird ja wohl wissen, auf welche Mehrheit sie sich dabei stützen will; namens meiner Freunde kann ich versichern, daß wir keine Differentialzölle annehmen können. Der Herr Reichskanzler schien mir bei dieser Frage etwas nervös, er hat sich in diese Dinge wohl erst hineinbegeben müssen. Es ist ja überhaupt sehr schwer, daß zwei schutzzöllerische Regierungen über einen Handelsvertrag verhandeln sollen: Jeder denkt immer vom Anderen über Vortheile zu sein und ist schließlich froh, wenn er auf Widerstand stößt. Die Verhandlungen sind hier überhaupt schwer, weil die Sache so in Verwahrung geraten ist. Wir wünschen mehr als andere Fraktionen des Reichstages das Zustandekommen eines Handelsvertrages, der aber mehr als Schall und Rauch sein muß; denn bloß damit ein Vertrag zu Stande kommt, soll man nicht auf Alles eingehen, was schließlich gar nichts werth ist. Es müssen die Tariffälle gebunden und auf längere Zeit festgelegt werden. Herr von Frege hat gleichsam einen Schirm von Landesvertrath auf diejenigen geworfen, welche sich über den Handelsvertrag aussprechen. Wer hat sich denn für die Aufhebung der Viehsperre ausgesprochen? Die bayerische und die sächsische Regierung haben sich an diesem Landesvertrath beteiligt. Herr von Frege hat sich mit der Silberfrage beschäftigt, die so nebensächlich zu erörtern doch etwas bedenklich ist. Bei der Anleihe hat sich diesmal das Ausland beteiligt und zwar vorzugsweise Belgien. Wenn die Belgier es für möglich hielten, daß wir jemals daran denken

Könnten, unsere Zinsen anders als in Gold zu bezahlen, so würde Niemand daran gedacht haben, uns auch nur einen Pfennig zu borgen. (Sehr richtig!) Ich sehe der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen; nach der Blamage der Silberente in Amerika können die anderen Länder sich darauf verlassen, daß Deutschland stets Geld genug haben wird, um seine Zahlungen zu leisten. Wenn die freie Prägung des Silbers in Amerika durchgeführt werden würde, dann werden wir ja sehen, wie das Experiment verläuft; trotzdem Herr v. Scholz ein sehr genauer Kenner der Münzverhältnisse, nicht mehr da ist, habe ich zum neuen Finanzminister das Vertrauen, daß er sich auf solche Experimente nicht einlassen wird. Herr Windthorst hat seine Stellung der Kolonialpolitik gegenüber geändert; er hat 1884 meine ablehnende Haltung geübt, aber seitdem sein Antrag hier vorgekommen ist, hat eine erhebliche Wendung stattgefunden und ihm ist es zuzuschreiben, daß wir so tief in die Kolonialpolitik hineingekommen sind. Herr Windthorst gehört jetzt zu den stärksten Kolonialschwärmern, denn er denkt sogar an die Gründung deutscher Auswandererkolonien daselbst und hat sogar den Bau einer Eisenbahn verlangt. Wenn er dafür die Zustimmung des Hauses erhält, dann werde ich beantragen, daß die erste Lokomotive, welche in den afrikanischen Urwald fährt, den Namen Dr. Ludwig Windthorst trägt. (Große Heiterkeit, Windthorst nimmt sein Käppchen ab.)

Reichskanzler v. Caprivi: In der ihm eigenen urbanen Weise hat der Borredner dasselbe wiederholt, was der Abg. Richter an anderer Stelle schon einmal gesagt hat, daß mir noch eine gewisse Schonzeit gewährt werden solle. Was meine Person betrifft, so habe ich eine Schonzeit niemals verlangt (Sehr gut! rechts) und ich würde bitten, sie mir hier nicht angedeihen zu lassen. Ich weiß auch nicht, daß die Regierung, der ich vorliege, Dinge getrieben hätte, die sie in den Ruf kommen lassen könnte, sie wäre schonungsbedürftig. (Beifall rechts.) So lieb mir die freundliche Aeußerung des Herrn Bamberger war, so war mir der Ton, den der Abg. Richter anschlug, doch lieber. Ich befand mich in dem Gefühl eines alten Offiziers, der da weiß, er befindet sich in der Nähe des Feindes, aber er sieht ihn noch nicht. Da fällt der erste Kanonenschuß, und man hat das belebende Gefühl: da ist er. (Sehr gut rechts.) Ich muß annehmen, daß meine wenigen Worte über unser Verhältnis zu Oesterreich nicht ganz werthlos gewesen sein können, denn es ist bereits der dritte Redner dagegen aufgetreten. Um im Silbe des alten Soldaten zu bleiben, ich bin aus dem groben Geschützfeuer in das kleine Gewehrfeuer gekommen. (Heiterkeit.) Weil ich der Meinung bin, daß es nicht richtig ist, störende Betrachtungen über schwebende Verhandlungen anzustellen, enthalte ich mich, auf das Einzelne einzugehen. Wenn auch Bamberger mehr Kenntniß von den volkswirtschaftlichen Verhältnissen hat, als ich, so kenne ich doch die politischen Verhandlungen wegen dieses Vertrages besser als er, und ich muß danach sagen, daß ich Aeußerungen über diese Sache in dieser Versammlung für durchaus schädlich halte. Wenn ich auch neu in parlamentarischen Sitten bin, so möchte ich doch annehmen, daß ich mich durch meine Bitte nicht ins Unrecht gesetzt habe, denn, so viel ich weiß, ist es in dem konstitutionellen England Sitte, wenn ein Vertreter der Regierung bittet, politische Aeußerungen über schwebende Verhandlungen zu unterlassen, dann hat man die Gewohnheit, abzubringen. Ich habe keine Macht, das zu bewirken, ich kann nur konstatieren, daß, wenn ein Schaden daraus entsteht, die Verantwortung nicht auf mir liegt. Herr Bamberger hat die Ausführungen des Herrn v. Plener zum Theil verlesen, aber eine andere Stelle nur umschrieben, wo es heißt: Deutschland muß aus innerpolitischen Gründen Ermäßigungen der Getreidezölle unter allen Umständen eintreten lassen, ohne von uns besondere Kompensationen verlangen zu können. Ich stelle anheim, ob Aeußerungen, wie sie hier im Hause gefallen sind, Herrn von Plener von dieser Anschauung abzubringen. (Beifall rechts.)

Abg. Gahn (kons.) entschuldigt Herrn v. Frege, der zu einer Berathung des Landes-Kulturrats nach Dresden berufen sei. Nach seiner Rückkehr werde er Herrn Bebel antworten. Nach Bebel's Brandrede hätte Herr Bamberger sich wohl hüten sollen, solche Worte ins Volk zu schleudern, es hätten sich die Parteien verbündet, um vereint dem Volk das Fell über die Ohren zu ziehen. (Zustimmung rechts.) Redner verteidigt die Getreidezölle und die Kolonialpolitik. Die Sozialdemokraten sagen immer, was sie nicht wollen; sie nennen das bestehende Steuersystem einen Unfuss, aber sagen nicht, welche Steuern sie denn wollen. Daß auch andere Leute als die Sozialdemokraten die Reichen heranziehen wollen zur Steuer, beweist der Versuch der Konserwativen, die reicheren Einkommen mit 5 v. T. heranzuziehen. Alle irdischen Verhältnisse haben Fehler, die man verbessern kann; im Juliusheft hat Bebel's wird auch nicht alle Noth aus der Welt geschafft sein. Wenn Bebel die Verhältnisse auf dem Lande im Osten kennen würde, dann würde er wissen, daß die Wohnungen auf dem Lande viel besser sind, als die Keller- und Dachwohnungen in den großen Städten, welche die armen Arbeiter zu hohen Preisen nehmen müßten. Herr Bebel sagt uns nicht, was er an die Stelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung setzen will. Wenn die Sozialdemokraten den Landbewohnern ihren Gott und ihre Königsruhm aus dem Herzen reden wollen, dann wissen die Landbewohner, wie sie sich zu verhalten haben. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bardorf (N.P.): Herr Bebel kann ich zugeben, daß die Wohnungsverhältnisse in Schlesien nicht immer so gut waren, wie in den anderen Provinzen, aber sie waren immer noch besser, als die Wohnungen der Arbeiter in den Städten. Die Arbeiter gehen nicht dahin, wo die Lebensmittel billiger sind, sondern dahin, wo sie theurer sind. Die Rede Bebel's war eine geschickte Agitationsrede, aber wir wissen, daß wir mit einer gefährlichen Gesellschaft zu kämpfen haben und werden mit ihnen fertig werden. Der Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung würde nur zu einer Anarchie führen, denn nur in der friedlichen Entwicklung lassen sich die Fortschritte des Geistes erreichen, die wir jetzt erreicht haben und weiter erreichen werden. Die Sozialdemokraten wollen diese friedliche Entwicklung nicht, streben aber ihre Gedanken nicht offen aus. Ich will es aber offen aussprechen, daß die bestehende Gesetzgebung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht ausreicht. Die Erfahrung wird es bald lehren. (Widerspruch links.) Wenn die Staatsmaschine bei großen Streiks still steht, so ist die Gesetzgebung nicht ausreichend. Ich will wünschen, daß ich unecht habe. (Zustimmung rechts.)

Abg. Wiffner (wildliberal): In der Rede Bebel's war so viel Gutes und Nichtiges enthalten, daß dadurch das Unrichtige überwogen wird; aber die Antworten der letzter beiden Redner waren nicht geeignet, das Unrichtige zu widerlegen, sie zeigten nur die Reformbedürftigkeit der Zustände. Das Poltsystem kommt nur den großen Betrieben zu gute; die Brandenburgerische Klausel des Zolltarif-Gesetzes zwingt das Reich, seine Einnahmen an die einzelnen Staaten zu vertheilen, und seinerseits Schulden aufzunehmen; hoffentlich werde dieser Uebelstand bald beseitigt. Die Zuckersteuer soll endlich reformirt werden, es müßte nun auch die Differentialsteuer für den Spiritus einheitlich geregelt werden. Mit der Ermäßigung der landwirtschaftlichen Zölle wird auch die Ermäßigung der Industrie-Schutzzölle Hand in Hand gehen müssen.

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt **Abg. Kläber:** Der Herr Reichskanzler meint, ich hätte ihm eine Schonzeit angeboten und hat das seinerseits abgelehnt. In diesem Punkte muß ich sein Gedächtniß wohl ganz verlassen haben. Nach dem amtlichen Kommissionsbericht der Militärkommission des Reichstages äußerte der Reichskanzler in der Kommission, indem er die schwierige Situation der Regierung schilderte, die durch den Rücktritt des trübren Reichskanzlers Fürsten Bismarck entstanden wäre, daß die einschneidenden Gesetze der Regierung jetzt schwer fallen; man sollte daher keine Doktorfrage aufbringen, die zu einer Krisis führen

könnte; hätten die Verhältnisse sich gefestigt, so würde er einen ihm angebotenen Kampf aufnehmen. Jetzt aber sollte man die Schwierigkeiten nicht größer machen, als sie seien. Daraus sagte ich: Es scheint fast so, als ob der Herr Reichskanzler eine Schonzeit verlange, bis zu einer Zeit, wo er im Kampfe gegen uns kräftiger sei, wie heute. Ich sagte, wenn das so gemeint sei, müßte ich es ablehnen, diese Schonzeit zu bewilligen. Daraus sagte der Herr Reichskanzler, so sei diese Aeußerung nicht gemeint gewesen. Also ich habe keine Schonzeit angeboten, sondern umgekehrt eine Anebenung des Herrn Reichskanzlers, welche seinerseits als ein solches Verlangen ausgelegt werden konnte, für meine Person abgelehnt. Ich habe dem früheren Herrn Reichskanzler auch nie eine Schonzeit angeboten und werde mich hüten, jemals eine solche anzubieten. (Heiterkeit.)

Abg. Bamberger: Der Herr Reichskanzler hat den Beweis gegeben, daß er mir vollständig gewachsen ist. Was mich angeht, so werde ich ihn nur dann angreifen, wenn ich Grund dazu zu haben glaube, sonst werde ich es vorziehen, ihn nur zu widerlegen, und nicht anzugreifen. Dann glaube ich mich belehren zu müssen über parlamentarischen Gebrauch. Ich glaube nichts gesagt zu haben, als was meiner Meinung nach auch in England durchaus zulässig ist. Es ist im englischen Parlamente durchaus nicht verboten, während schwebender Verhandlungen zu sprechen, sondern das einzelne Mitglied hat sogar das Recht, an den Minister eine Frage zu richten; und er hat eigentlich die Pflicht, zu antworten; und nur wenn es genirt, bittet er das Haus, auf eine Antwort zu verzichten. Ich habe also nur gethan, was in England allgemein zulässig ist.

Zur Geschäftsordnung bemerkt **Abg. Liebermann v. Sonnenberg:** Durch den Schluß der Debatte ist mir das Wort abgeschnitten. Ich wollte mich darauf beschränken, Herrn Bebel zu bitten, seine beabsichtigten Untersuchungen über die Verhältnisse der Landbevölkerung auszuführen. Er wird dabei auf merkwürdige antisemitische Resultate stoßen. (Heiterkeit.)

Darauf wird entsprechend einem Antrage der Abgg. Graf Behr, v. Wenda, v. Frege, v. Plener und Widder der größte Theil des Ordinariums und das gesamte Extra-Ordinarium, sowie ein Theil der Einnahmekapitel des Etats, außerdem das Etats-gesetz und das Anleihegesetz in die Budgetkommission verwiesen.

Der Rest des Etats wird sofort in zweiter Lesung im Plenum beraten werden.

Es folgt die Berathung der Deutschfrist über die Ausführung der seit 1875 erlassenen Anleihegesetze. Eine Debatte findet nicht statt. Der Präsident erklärt, daß durch die Vorlegung den gesetzlichen Vorschriften genügt ist.

In zweiter Lesung wird der G.E. betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Schlaf-Lothringen für 1890/91 ohne Debatte unversändert angenommen. Schluß gegen 5 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Erste und zweite Berathung des türkischen Handelsvertrages; Zuckersteuer-Vorlage.)

Parlamentarisches.

II. Sitzung der Petitions-Kommission, am 11. Dezember 1890.

Der schriftliche Bericht bez. der Petition, Rechtsverhältnisse der Handelsagenten betr., wird festgesetzt.

Da eine Reihe von Petitionen die Zollangelegenheiten behandeln, unter Zugiehung von Regierungskommissaren beraten werden sollen, der Herr Kommissar aber nicht erschienen ist und derartige Fälle des Ausschleibens der Kommission bereits mehrfach vorkamen, so wird seitens des Vorsitzenden der Kommission, Abg. Dr. Böhm, unter Zustimmung aller Anwesenden, Beschwore beim Ministerium geführt werden.

Gegen Ende der Sitzung geht eine Entschuldigung des Staatssekretärs von Malchahn bezgl. des Ausschleibens der Regierungskommissare ein, welches ersucht, die Meldung der Sitzungen nebst Tagesordnung frühzeitiger an das Ministerium gelangen lassen zu wollen. Der Vorsitzende wird zur Regelung der Verhältnisse weitere Schritte unternehmen.

Ref. Abg. Gultsch hält die Petition für ungenügend begründet — dieselbe enthält nur den Verammlungsbefehl ohne Motive — und beantragt, über dieselbe zur Tagesordnung überzugehen. Die jetzigen Bestimmungen des Handelsgesetz-Buches seien zweckentsprechend, auch gehe aus der Petition nicht klar hervor, was die Petenten eigentlich wollten.

Der Korreferent Abg. Dr. Vieseler schließt sich dem an. Die betreffenden Petitionen werden von der Tagesordnung für heute abgesetzt. Ueber die von den sonst vorliegenden Petitionen wird nur über diejenige, welche eine Versammlung kaufmännischer Angestellter, die in Gratzweil's Sälen stattfand, einreichte, ausführlich diskutiert. Die Petition fordert eine Aenderung des Artikel 61 des Handels-Gesetz-Buches.

Abg. Goldschmidt findet die Petition nicht geeignet zur Erörterung im Plenum, da sie unmotivirt sei, deshalb auch kein Material zur Gesetzgebung biete. Die Verlängerung der Kündigungsfrist sei ein zweischneidiges Schwert und eine Anregung sei von maßgeblicher Seite in dieser Hinsicht nicht gegeben. Vertinner lohnmäßige Verbindungen wären gegen die Absicht der Verlängerung der Kündigungsfrist. Man dürfe nicht auf jede Anregung hin die Aenderung eines Gesetzes in Angriff nehmen.

Abg. Seyer bittet die Petition nicht in dieser Weise zu erledigen. Die Kommission, welche die Gewerbenovelle beriet, habe sich mit derselben Angelegenheit befaßt, es würde dann ebenfalls der betr. Artikel des Handelsgesetz-Buches haben geändert werden müssen, wenn die Kommission zu Gunsten der Verlängerung der Kündigungsfrist entschieden hätte. Bittet sich sie als Material zu benützen, weshalb Redner sie zur Kenntnisnahme der Regierung zu bringen beantragt.

Abg. Dr. Gultsch äußert sich in derselben Weise, wie der Abg. Goldschmidt.

Abg. Gultsch hebt hervor, daß eine Schrift des Herrn Hiller, des Vorstandes der Leipziger Handlungsgehilfen, den Abgeordneten zugefandt sei, die nichts detortiges fordere. Hiller vertrete eine Majorität, während seines Wissens die Versammlung, welche vorliegende Petition sandte, sachlos besudt gewesen sei. Der Ausdrück, die Kündigungsfrist müsse mindestens 1 Monat betragen, sei unklar, ganz abgesehen davon, daß keine Motive der Petition beigegeben werden. Er bleibe bei seinem Votum, das von den übrigen Rednern unterschützt wurde.

Abg. Seyer erklärt, daß die Petition jedenfalls unter dem Eindruck der Berathung der Gewerbenovelle zu Stande gekommen sei. Die Frage sei und bleibe im Fluß. Ob eine Mehrheit oder die Mehrheit der kaufmännischen Angestellten die Ansichten der Petenten theile, sei nicht festzustellen, ein Plebiszit habe nicht stattgefunden. Herr Hiller vertrete die Majorität an Zahl der Leipziger Handlungsgehilfen, ob diese Majorität an Zahl die Zahl der Berliner, welche die Petition unterschrieben, erreiche, sei ebenfalls nicht festzustellen. Diese Frage sei irrelevant. Da außerdem eine Revision des Handels-Gesetz-Buches nach den Aendertungen des Abg. Goldschmidt in Aussicht genommen sei, so sei er, Redner, für weitere Berathung unter Zugiehung eines Regierungskommissars.

Dieser Antrag wird gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt und die Petition als ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt.

Einige andere Petitionen finden noch ihre Erledigung, ohne ein besonderes Interesse zu erregen.

Nächste Sitzung Freitag, den 12. Dezember, Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat darauf verzichtet, ihren Antrag auf Aufhebung der Getreidezölle zu noch vor Weihnachten auf die Tagesordnung zu bringen. Der Antrag soll vielmehr als erster Initiativantrag unmittelbar nach den Ferien zur Verhandlung kommen. Unter diesen Umständen wird an der Absicht festgehalten, im Plenum vor Weihnachten nur noch die Zuckersteuer-Vorlage in erster Berathung zu erledigen; alsdann soll, und zwar Sonnabend dieser Woche, der Reichstag sich bis zum 8. Januar 1891 vertagen.

Die X. Kommission des Reichstages zur Vorberathung der Frankenkassengesetz-Novelle besteht aus 5 Freikämmerern, 1 Volksparteiler, 2 Sozialdemokraten, 1 Polen, 9 Zentrumsmännern, 3 Nationalliberalen, 2 Reichsparteilern und 5 Konserwativen. Vorsitzender Freiherr v. Wendi (Zentrum), Stellvertreter Graf Salheim (kons.), Schriftführer Wolkrath (freis.), Kämmerer (nat.-lib.), Schäbler (Zentrum), Schier (kons.) Sonst gehören der Kommission an die Freikämmerer Gutknecht, Hirsch, Gebert, Schenl, Volksparteiler Harte, Sozialdemokraten Hilsenrath und Seifert, Pole Ziembowski, Zentrumsmänner Gatz, Droste-Bischoff, Kröber, Mehner, Stöbel, Hinz, Graf Preussing (Billigen), die Nationalliberalen Wuhl, Möller, Reichsparteiler Kardorf, Merbach, Konserwativen Wichmann, von Schlein, von Schulenburg.

Von der Wahlprüfungs-Kommission wurde heute die Wahl des Abg. Dr. Jänel-Riel für gültig erklärt. Gleichzeitige wurde wegen einer Reihe von Protestpunkten, in welchen Einschränkung der Deffektivität durch Ausweisung der Vertrauensmänner der Arbeiterpartei behauptet wird — Erhebungen beschlossen. — In Bezug auf die Wahl von Hermann Brandenburg liegt die Abschrift eines Zirkulars des Landrats des Kreises vor, laut welchem zur Stichwahl am 2. April die Wahlvorstände angewiesen wurden, alle nicht im Wahlbezirk ansässigen Personen den Zutritt zu dem Wahllokale zu verweigern. Es wurde beschlossen, den Originalwortlaut des Zirkulars einzufordern, bis zum Eingang desselben aber die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl auszusetzen. Von Interesse war die Erklärung von konservativer Seite, daß das Zirkular durch die angeordnete sozialdemokratische Ueberfaltung der Landkreise angelegt aber auch begründet sei.

Lokales.

Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie soll die Schule unter anderem auch dadurch befähigt werden, daß die Unterrichtspläne auf nationaler Grundlage umgestaltet werden, d. h. daß im Mittelpunkt des Unterrichtes in Zukunft das deutsche und besonders die deutsche Geschichte steht. Nun läßt sich Geschichte auf zwei Arten lehren. Sie kann mit rücksichtsloser Offenheit, wie sie war, also unparteiisch vorgetragen werden. Aber diesen Weg bei der deutschen Geschichte einschlagen, der wird selbst wenn er sich jedes Kommentars enthält, sehr bald die ungenügendsten Demokraten ausbilden. Bisher hat man es am ungerneften noch niemals mit einem unparteiischen Unterricht in der deutschen Geschichte versucht, weil man das Resultat verhofft. Man hat immer nur den zweiten Weg eingeschlagen, — von dem man vermuthlich auch in Zukunft nicht abgehen wird, — man hat sich auf den Parteienstandpunkt gestellt und nur das vorgetragen, was geeignet war, die monarchische Gesinnung in den jugendlichen Gemüthern zu fäulen. Aber der gehoffte Erfolg trat nicht ein, und die antimonarchische Strömung nahm immer weiter zu. Der gehoffte Erfolg ist gerade deshalb nicht eingetreten, weil als „Gefährliche“ im Unterricht verschwiegen wurde. Man frage sich, welche sich nach dem Verlassen der Schule als Studenten oder in ihrem praktischen Beruf mit dem Studium der Geschichte beschäftigen haben. Sie werden uns erzählen, wie sie vor Staunen die Augen aufgerissen haben, wie ihnen die Nothe des Jorne und der Scham ins Gesicht geschossen ist, als sie erkannten, daß man sie auf der Schule schuldig betrogen hatte. Die Wahrheit ist nie so wirksam, als wenn sie uns lange Zeit hindurch verhalten wird und endlich doch zu uns gelangt, und nirgend ruft sie dann einen solchen Jorne hervor, als gerade bei der Jugend; denn das Licht und Trachten des menschlichen Herzens ist nicht böse, sondern gut von Jugend an, und es stellt sich, wenn es nicht gerade in der Brust eines ungebörigen der bestehenden und herrschenden Klasse schlägt, immer auf die Seite des Rechtes. Die Männer der jetzt herangewachsenen Generation haben als Knaben die patriotischen Feste der Jahre 1870 und 71 jubelnd erlebt, und sie haben als Jünglinge im Jahre 1878 nach den Altentaten den königstreuen Entschuldigungs laumel mitgemacht. Sie sind also förmlich mit Vaterlandsliebe und Königsstrome großgefugt worden. Aber sie haben freilich auch zu einer Zeit, wo sie eben anfangen, die Welt mit offenen Augen zu betrachten, die brutale Handhabung des Ausnahmengesetzes mit angesehen — und haben sich auf die Seite der Unterdrückten gestellt. Also ob man der Jugend die Wahrheit sagt oder vorenthält, der Erfolg ist in beiden Fällen so ziemlich derselbe: der Sozialdemokratie müssen alle Dinge zum Besten dienen.

Die schlechte Bezahlung und die lange Arbeitszeit, welche die Werdebahn-Gesellschaften hier in Berlin wie auch anderwärts bei ihren Angestellten eingeführt hat, ist schon oft Gegenstand unserer Erörterungen gewesen. Es zeigt sich hier wieder einmal der alte Erfahrungssatz, je länger die Arbeitszeit ist, desto geringer sind auch die Löhne. Alle Petitionen in dieser Beziehung haben bis jetzt wenig oder gar nichts genützt, die Herrschaft der Aktionäre wollen ihre fetten Büdenben nicht lassen, wenn sie sich auch beim Vergehren derselben sagen müssen, ein gut Theil derselben ist mit der Gesundheit und dem Lebensglück des Arbeiters verknüpft. Doch abgesehen von diesem Hauptübelstande giebt es noch andere Mißstände, die bei nur einigen guten Willen abgemildert werden können. So wird uns heute mitgeteilt, daß z. B. an der Dnie Stromfiraße (Moabit) — Leipziger Platz — die Reglementation des Dienstes der Beamten in einer Weise erfolgt ist, die der Aenderung dringend bedarf. Der Dienst beginnt so früh und endet mit nur kleiner Unterbrechung so spät, daß der Beamte bei solcher Regelung des Dienstes nicht im Stande ist, seine Familie am Tage aufzusuchen. Kommt er des Nachts heim, so findet er Weib und Kinder schlafend; denn die Frau kann nicht so lange wach bleiben, sie muß früh morgens nach zeitiger als der Mann aufstehen, das Frühstück und den Kaffe zubereiten. Die Bourgeoisie gebraucht häufig die schöne Phrase, die Sozialdemokratie gehe in ihren Konsequenzen auf eine Verödung der Familie und des Familienlebens hinaus. Ist nicht in Wahrheit diese Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft eine Verödung des Familienlebens der Arbeiter, wie sie schlammig und suchtbare nicht gedacht werden kann? Und wie leicht könnte in dem speziellen Falle hier Abhilfe geschafft werden? Die Direktion braucht nur eine Tag- und Nachtarbeit mit dem notwendigen Personal einzuführen; die Aktionäre könnten dann, trotzdem noch die fetten Gewinntheile in ihre „großen Taschen“ stecken.

Die bei der Feuerbrunst am Schiffbauerdamm zu Schaden gekommenen Personen besuden sich glücklicherweise an der Verletzungsgefahr. Der Hausdierer Fürst und der Sanftmuthen Verletzte haben nur leichtere Verletzungen davongetragen, so daß diese beiden Patienten wohl schon in einigen Tagen aus der Charite werden entlassen werden können. Die Brandverwundeten des Dienstmädchens Thiele erweisen sich dagegen als so erheblich, daß deren völlige Heilung wohl drei Monate in Anspruch nehmen dürfte.

Gekende, weithin schallende Hilferufe riefen vorgestern Nacht in der Köttbuserstraße, in der Nähe des Kottbuser Platzes in wenigen Augenblicken eine ungeheure Menschenmenge zusammen. Sich auf der Erde herumwälzend und um sich schlagend leiteten

eine Frauensperson unter fortwährenden Hissereien zwei Männern beständig Widerstand. Es war dies eine jener Unglücklichen, welche zum größten Theil durch die wirtschaftliche Nothlage gezwungen werden, Nacht auf die Straße zu gehen, um sich dort ihren Broterwerb zu suchen, gegen Geld ihre Väter zu verkaufen — die freie Liebe in der heutigen kapitalistischen Welt. Die beiden Männer waren Kriminalbeamte in Zivil, welchen es nur mit der größten Mühe gelang, die Frau auf der Erde weiter zu schleifen. Erst als ein Schutzmännchen und ein Wächter zu Hilfe kamen, waren alle vier mit großer Mühe im Stande, die immer noch theils schreiende, theils bittende und ihre Unschuld behauptende Frau von nahe gelegenen Wache zu schleppen. Noch lange hörte man auf dem Flur, nachdem sich hinter ihnen die Thür geschlossen hatte, das Schreien der höchst wahrscheinlich der Sittenkontrolle Verfallenen. Der Sittenkontrolle sagten wir, diese Institution unseres Polizeistaates, welche die sogenannten „gefallenen“ Mädchen zu Ausgestoßenen macht, welche sie in den meisten Fällen von Stufe zu Stufe sinken läßt, bis sie der Menschheit unrettbar verloren, schließlich verkommen und zu Grunde gehen.

Ein Wechselfchwinder, welcher mit einem Gehirnschlag operirt, und zwar in der Weise, daß er nach einem kleinen Vorspiel das auf das Gehirnmarke herausgegebene Geld einstreicht, ohne das Geldstück selbst hingelassen zu haben, ist von der Polizei signalisiert worden. Der Schwinder, der mit einem Komplizen zusammenarbeitet, welcher im entscheidenden Moment eintritt, um die Aufmerksamkeit des in Angriß genommenen Betrügers auf sich zu lenken, ist etwa 26 Jahre alt, von schwächlicher Gestalt, hat ein blaßes Gesicht mit kleinem Schurroart. Das Gaunerpaar sei hiermit der Aufmerksamkeit der Geschäftsleute dringend empfohlen.

Barbarei am Ende des neunzehnten Jahrhunderts. Wir haben erst vor wenigen Tagen eine Lanze brechen müssen für einen der „Edelsten der Nation“, der getreu den Traditionen noch heute das ritterliche Handwerk des Wägelagerers betreibt. — Wir meinen den modernen Raubritter Graf Meint vom Loh. Wir begrüßten es damals mit Freuden, daß diesem Edelmann sein hartes Loos wenigstens etwas infolge der Opferwilligkeit seines Rechtsanwalts und des hierin äußerst liebenswürdigen Entgegenkommens von anderer Seite gemildert werden sollte. Es wird sich daher jeder anständig gesinnte Mensch lebhaft vorstellen können, welcher Schrei der Entrüstung unserer für alles Edle und Hochgeborene warm fühlenden Brust entstieg, als wir aus den Zeitungen vernahmen, wie trübsinnig unserer tapferen Held im Gefängnis behandelt wird, beinahe so, als er ein ganz gemeinlich gefährlicher Verbrecher wäre, der etwa einige verbotene Schriften oder Flugblätter verbreitet hätte. Die Gefängnisverwaltung — oder Flugblätter verbreitet hätte. Die Gefängnisverwaltung — oder häre und haume — hat es gewagt, einem an die feinsten Leckerbissen gewöhnten Grafen, einem Grafen, die gewöhnliche Gefangenenspeise anzubieten, ihn, einen Grafen, gezwungen, dieselbe zu genießen. Ist das nicht im höchsten Grade empörend!? Selbstverständlich hat sich unser lieber Junker, der Bourgeoispreffe nennt den ihr äußerst interessant gewordenen Menschen, parodirt „Mann“, in wohlwollendstem Tone „Boyer-Karl“ — selbstverständlich hat sich Boyer-Karl seinen jarten Magen verdorben. Wir können nicht begreifen, wie die Leiter der Wägelerei am Wägelers so wenig Menschlichkeitsgefühl, so wenig Fühlung mit den oberen Gehirnschichten haben können, daß sie an einen edelgeborenen Grafen, einen der schneidigsten Kavaliere Berlins solche Zumuthungen stellen. Sehr wohl können wir uns jetzt die unbehagliche Stimmung unseres Schützlings denken, während seiner „unreife Willigen Mühe“ sich noch mit einem verdorbenen Magen herumplagen zu müssen. Hoffen wir, daß im Interesse der Menschheit und zu deren Wohle recht bald das Uebel beseitigt ist. Allerdings muß er sich noch immer mit einer äußerst mangelhaften Kost behelfen, doch ist diese schon ein wenig besser; es ist die sogenannte Mittelkost, welche ihm für die nächsten vierzehn Tage verabfolgt werden soll. Bei dieser giebt es meistens viermal in der Woche Fleisch. Da aber kaum anzunehmen ist, daß sein durch die anfängliche Nahrung geschwächter Magen bei dieser auch noch immer sehr unzulänglichen „Mittelkost“ auskurirt werden dürfte, so ist wohl beizuhelfen zu erwarten, die dem ritterlichen Grafen, der Zierde von Wägelers, wohlgesinnte bürgerliche Presse spricht diese Erwartung schon laut aus, daß dem edlen Dulder spätestens nach Ablauf der 14 Tage „Mittelkost“, die „Krankenspeise“ verordnet werde. Ein Mann, welcher an lukullische Gewinne, an die feinsten Speisen und Getränke gewöhnt ist, an Küstern und Burgunder, ein solcher Mann muß schon im Interesse der Kultur ganz anders behandelt werden, wie wir gewöhnlichen Sterblichen. So wird behandelt werden, wie wir gewöhnlichen Sterblichen. So wird viel Achtung mühte doch diese Gefängnisverwaltung zur Zeit der höchsten Machtentfaltung des Kapitalismus und des Militarismus vor Geburt, Reichtum und noblen Passionen haben.

Wir geben hiermit der Verführung Mann, daß durch eine derartige Behandlung die „Edelsten der Nation“ abgefordert werden, fernerhin sich in ihrem Mittelstand an darmlosen wackeligen Posten zu üben; unsere Bourgeoisie würde damit einer Anzahl interessanter Fälle und Personen beraubt werden.

Polizeibericht. Am 2. d. Mts. Mittags verfuhr ein 15-jähriges Mädchen in der Wohnung seiner Mutter in der Wollenerstraße sich mittelst einer Atropin-Lösung zu vergiften. Wollenerstraße sich mittelst einer Atropin-Lösung zu vergiften. Es wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. — Am 6. d. Mts. Nachmittags fiel der Hochleger Neumann in der Straße Alt-Moabit, nahe dem Ausschlagpark, beim Abpringen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdeabgänger nach der Erde und brach den linken Unterschenkel, so daß er nach der Charité gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit wurde vor dem Hause Bräuer Weg 87 ein Arbeiter von einem Geschäftswagen überfahren und am Hinterkopfe so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain erforderlich wurde. — Nachmittags gerieth auf dem Güterbahnhof der Nordbahn der Arbeiter Klust unter einen Güterwagen und wurde ihm hierbei vier Beine des rechten Fußes abgequetscht. Er wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. — Gegen Abend feuerte im Thiergarten, nahe dem Brandenburger Thor, der Kaiserliche Wehlauf auf den ihn begleitenden Kaiserlichen Reichsmuth einen Wehweherschuß ab, der ihn jedoch nicht bedeutend verletzte. Als er infolge dessen von einem Polizeibeamten verhaftet werden sollte, brachte er sich selbst einen Schuß in die Schläfe bei, verwundete jedoch gleichfalls nur leicht. Seine verwundeten Beine wurden durch den Thierweg des Reichshaus Grenzauer Allee 803 abgeführt, wurde er gegen die Decke gedrückt und erlitt dadurch ancheinend so schwere innere Verletzungen, daß er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Abends fanden drei kleinere Brände statt.

Gerichts-Beifung.

Im großen Mauerprozess gegen Grothmann und Genossen sprachen gestern der Staatsanwalt und die Verteidiger. Der Staatsanwalt führte aus: Ich vermag die Anklage wegen des ersten Punktes nicht aufrecht zu halten, ebensowenig ist eine Verbindung vorhanden gewesen. Ich bitte die Mitglieder der Verurtheilung freizusprechen. Damit ist zugleich Punkt 2 der Anklage erledigt.

Ich wende mich nun zu dem Sachverhalt der Mauer Berlins und dessen Kommission. In der Verein ein politischer und ist er mit anderen politischen Vereinen zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung getreten? Der politische Charakter ist in der Verbindung schon als bewiesen anerkannt worden, es braucht darüber kein Wort mehr verloren zu werden. Was das Inverbindtreten betrifft, so sind die Mauer zu ihrem Schaden dem Rathe des Baumeisters Reiter, Briefe, Protokolle etc. zu vernichten, gefolgt. Aber nach meiner

Ueberzeugung ist der Beweis doch geliefert. Die Lohnkommission sehe ich als integrierenden Bestandteil des Vereins an. Beweis dafür ist die Identität des Zweckes. Die Lohnkommission ist nicht unabhängig vom Fachverein; wie hätte sonst der Fachverein einfach eine Vorlage der Lohnkommission überweisen? Die Angeklagten drückten sich ja sehr geschickt aus, aber das kann uns nicht täuschen. Ueberhaupt stehen solche Lohnkommissionen überall und immer in Verbindung mit Fachvereinen. Man gründet stets Fachvereine; es kommt nie vor, daß man einfach eine Lohnkommission wählt. Die Lohnkommission ist zwar in einer öffentlichen Versammlung gewählt, aber diese öffentlichen Versammlungen sind einfach identisch mit den Vereinsversammlungen. In einer öffentlichen Versammlung ist gesagt worden: Der Streik ist ein Werk des Fachvereins. Also steht der Fachverein dem Streik nahe, der Streik bezeichnet einen Vereinszweck. Der Generalfonds gehört zur Vereinskasse, er ist ein Zweig desselben, nur die äußere Verwaltung ist getrennt. Ferner ist in öffentlichen Versammlungen aufgefordert worden, dem Verein beizutreten; zum Zweck der Aufnahme wurde sogar eine Pause gemacht. Die Zellenversammlungen sind öffentlichen Versammlungen, die in die Vereinskasse, diese decken auch die Unkosten. Betrachten wir nun die Lohnkommission als integrierenden Bestandteil des Vereins, die öffentlichen Versammlungen als Vereinsversammlungen, so ist der Beweis des Inverbindtretens geliefert. Die Lohnkommission hat einen ausgedehnten Briefwechsel unterhalten. In der öffentlichen Versammlung wurde die Wahl eines Delegierten zum Kongress vorgenommen. Hiernach beantrage ich: Gegen Schulz, Kohn, Höhne, Kroll, Hermann Rich, Lehmann und Raschel je 3 M. Geldstrafe, gegen Grothmann und Behrendt aber beantrage ich dieselbe Gefängnisstrafe, wie früher erkannt worden ist.

In Hamburg und ebenso in Osnabrück wurden die Delegierten zum Kongress in öffentlicher Versammlung gewählt, aber auch hier diente die öffentliche Versammlung nur dazu, die Umgebung des Gesetzes zu verdeken. Die Delegierten erhielten ihre Kosten aus der Vereinskasse. Die Vereine traten nun auf den Kongress mit einander in Verbindung. Der Protestausdruck der Verbindung war die Kontrollkommission. Sie ist ein Verein, ein dauerndes Organ, das ist auch in Fachvereinsversammlungen anerkannt worden. So wurde in Altona in einer Vereinsversammlung gesagt: „Wenn wir uns nicht nach unserer höchsten Behörde richten wollen, wie soll es dann gehen?“ Im Verein in Potsdam wurde gesagt: Wir haben in Hamburg eine Leitung geschaffen, der alle Fachvereine unterstellt sind.“ Durch die Kontrollkommission war die Zentralisation des Vereines gegeben. Kein unsichtbarer Geist schwebte über den Wassern, es ist ein haltbarer, kompakter Bau gewesen, von tüchtigen Maurergesellen ausgeführt. Auf den Umfang der zentralisierten Thätigkeit lassen die Sammellisten schließen. In Hannover war vom Maximalarbeitslohn und von Aenderung der Gewerbeordnung die Rede, also auch die Kongresshandlungen sind Beweis dafür, daß die Zentralisation eine politische ist. Ebenso sind politische Gegenstände in den einzelnen Vereinen erörtert worden; der Staatsanwalt nennt einige solcher Themat.

In Potsdam ist ein Kongressdelegirter direkt in der Vereinsversammlung gewählt worden. Der Magdeburger Verein trat wiederholt mit der Kontrollkommission in Verbindung. (Hier entspricht sich eine, die thatsächlich feststellungen betreffende Kontroverse zwischen dem Präsidenten und dem Staatsanwalt.) Der Staatsanwalt stellt die betreffenden Strafentwürfe. Für am meisten belastet hält der Staatsanwalt den Baumeister Reiter, der die Seele der Organisation gewesen sei. Er beantragt für Reiter vier Monat Gefängnis. Außerdem beantragt er die Schließung des Fachvereins der Maurer Berlins und der Zentralisation der Maurer Berlins und endlich Einbehaltung der beschlagnahmten Gelder.

Präs.: „Und die Hamburger wollen Sie nicht bestrafen?“ (Heiterkeit.)

Staatsanwalt: „Doch!“ Er holt dann die vergessenen Strafentwürfe nach; gegen einen Angeklagten 3 Wochen Gefängnis, gegen die übrigen Geldstrafen.

Hierauf plädiren die Verteidiger. Aus der glänzenden Rede des Verteidigers, H. A. Sachs, ist hervorzuheben: Der Staatsanwalt hält willkürlich die Lohnkommission für einen Bestandteil des Fachvereins, so lange ein Fachverein besteht; für selbstständig, nachdem der Fachverein aufgehört hat. Die Identität der Vereinsgenossen und der Vorstehenden oder Redner der öffentlichen Versammlungen beweist gar nichts, diese Identität ist einfach naturgemäß und diese Erscheinung findet sich überall im öffentlichen Leben. Wenn Grothmann Vereinsversammlungen gut geleitet hat, warum soll man ihm als Leiter einer öffentlichen dem unbekanntem Schulz vorziehen? Der Fachverein beschloß: „Diese Sache darf nach dem Gesetz nicht von uns behandelt werden; die Lohnkommission darf es.“ Wenn das ungesetzlich sein soll, so ist das doch sehr feltam. Angenommen ist höchstens die Konsequenz, mit der die Staatsanwaltschaft immer wieder die Identität von Vereins- und öffentlichen Versammlungen behauptet. Ein moralisches Uebelgewicht des Fachvereins in den öffentlichen Versammlungen ist sicher da gewesen, organisierte Arbeiter haben immer einen Einfluß, den die gesplitteten sich sagen werden. Der Verteidiger plädirt für die Freisprechung der von ihm vertretenen Angeklagten. Den Antrag auf Schließung findet er ganz unbegründlich. Es handelt sich event. um eine formale Gesetzesübertretung, sachlich um eine ruhige Vertretung ihrer Interessen auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung. Die Angeklagten verdienen eine Belobigung.

Nach Sachs sprach Rechtsanwalt M e s s e r s o h n und ein Hamburger Rechtsanwalt für die dortigen Angeklagten. Der Gerichtshof wird das Urtheil am Sonnabend fällen.

Ver sammlungen.

Kongress der freien eingeschriebenen Hilfskassen.

Vierter Tag. Die heutige Sitzung eröffnete Deisinger-Hamburg mit geschäftlichen Mittheilungen. Sodann gelangte folgende an den Geh. Medizinalrath Professor Dr. Koch abzusendende Adresse zur Verlesung: Verehrter Herr Geheimrath! Der zur Zeit hier tagende Kongress der freien und auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen hat den ergebnis unterzeichneten Vorstehenden des Kongresses beauftragt, Ew. Hochwohlgeborenen den Dank der durch den Kongress repräsentirten ca. 600.000 Mitglieder zu übermitteln für die unermüdblichen Forschungen zum Wohle der durch Krankheiten heimgesuchten Menschheit. Wir bitten Ew. Hochwohlgeborenen, diesen Dank entgegen zu nehmen als ein Zeichen der Anerkennung, welche Ihre mühevollste Thätigkeit im Dienste der Wissenschaft auch in Arbeiterkreisen findet, und wünschen, daß auch Ihre fernere Thätigkeit von weiteren Erfolgen gekrönt sein möge.

Abdank wird an die Erledigung der Tagesordnung gegangen.

Grünwald-Hamburg bespricht das Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-gesetz vom Standpunkt der freien Hilfskassen aus. Er führt aus, daß das Gesetz, wie es geschaffen sei, in der Arbeiterwelt wenig Freunde gewonnen haben. Das Gesetz sei zu unständig, zu bürokratisch verwickelt und zopfmäßig, als daß es wirklichen Segen stiften könnte. Redner erörtert dann ausführlich die Verpflichtungen, welche den Hilfskassen durch Ausstellung von Zeugnissen etc. auferlegt werden und empfiehlt schließlich die folgende Resolution, welche er mit dem Korrespondenten Brückhoff-Weiden ausgearbeitet hat:

In Erwägung, daß nach gerechten Grundsätzen gleichen Pflichten gleiche Rechte gegenüberstehen müßten, jedoch bei dem Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung in einseitiger Weise die Hilfs- und die auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Kassen benachtheiligt

worden sind, spricht der Kongress die Erwartung aus, daß bei einer Revision des Gesetzes die gerechten Grundsätze von den gesetzgebenden Körperschaften besser anerkannt werden und daß allen Klassen bei gleicher Pflicht auch gleiches Recht verliehen wird.“

Niemer-Hamburg verpflichtet dem Referenten in Bezug auf die Kompensirtheit des Gesetzes bei und meint, die ganze Sache wäre viel einfacher geworden, hätte der Staat allein die Kosten für die Rente getragen und nicht die Arbeiter mit bezangezogen. Heismann-Flensburg wendet sich gegen die Resolution, da die Demonstration, welche darin liege, doch keinen Zweck haben würde. Für die Gleichberechtigung der Hilfskassen seien nur die Fraktionen der Sozialdemokraten und Freisinnigen eingetreten, die Regierung sei dagegen gewesen. Herr von Bötticher habe gesagt die Hilfskassen hätten nicht in den Rahmen des Gesetzes, weil nicht überall Hilfskassen beständen. Die übrigen Parteien würden stets mit der Regierung gehen und deshalb würde der hier gedächerte Wunsch nutzlos sein. — Ein Schlussantrag wird angenommen. Der Resolution stimmt die übergroße Mehrheit des Kongresses zu.

Es folgt die Beratung des Unfallversicherungs-Gesetzes. Referent ist Herr Blume-Hamburg.

Redner bemängelt es, daß das Unfallversicherungs-Gesetz hinsichtlich der Entschädigung nicht weit genug gehe, auch der Kreis der Versicherungspflichtigkeits müsse ausgedehnt werden. Die Mittel der Entschädigung würden zum Teil von den Arbeitern selbst aufgebracht, richtiger wäre es, müsse der Arbeitgeber allein die Kosten dafür tragen. Die Entschädigungssumme sei zu gering, es sei nur eine Forderung der Billigkeit, dem verzugsüchtigen Arbeiter, da wo es durch die Familienverhältnisse geboten, um der Höhe des vollen Arbeitslohnes zu entschädigen. Namentlich die Entschädigung bei Unglücksfällen, wo der Tod eingetreten ist, sei viel zu niedrig bemessen. Referent bittet den Kongress schließlich um Annahme der folgenden Resolution:

Der Kongress erklärt, erstens die Bestimmungen des Unfallversicherungs-Gesetzes, soweit sich dieselben auf den Umfang der zu Versicherenden beziehen, für zu eingeschränkt; zweitens, soweit sie sich auf den Beginn, die Höhe und den Umfang der Rentenunterstützung für Verletzte beziehen, für ungenügend und drittens, soweit sie Bezug auf die Versicherten zur Mittheilung an Verwaltungsämtern, wie Nichtämtern und Sachverständigen haben, für unzulänglich. Der Kongress beschließt daher, die Regierung aufzufordern, dem Reichstag baldigst eine Vorlage über Aenderung des Gesetzes auf Grund der gefassten Kongressbeschlüsse zugehen zu lassen.

Die Nachmittags-sitzung beschäftigte sich zunächst mit dem Unfallversicherungs-Gesetz. Von den Delegirten Hamburgs, Bernburgs und Waldheims haben eine Anzahl Abänderungsvorschläge zum Unfallversicherungs-Gesetz gemacht. Darnach sollen unter anderen Alle Personen, deren Arbeitsverdienst jährlich 2000 M. nicht übersteigt, werden gegen die Folgen der bei den Betrieben sich ereignenden Unfälle nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes versichert werden. Die Fürsorge für die Verletzten soll bereits vom Tage des Unfalls durch die Berufsgenossenschaften beginnen. Außerdem soll, falls der Verletzte schon eine Rente bezieht, bei Berechnung derselben derjenige Arbeitsverdienst zu Grunde gelegt werden, welcher bei der ersten Berechnung zu Grunde gelegt war, sofern der letzte Arbeitsverdienst diesen Betrag nicht übersteigt.

Die übrigen Abänderungsvorschläge sind mehr redaktioneller Natur. Diese Anträge werden einstimmig an bloe angenommen. Gleichfalls zur Annahme gelangte ein Antrag Mag-Wein, den § 8 Abs. 2a dahin zu ändern, daß für jedes hinterbliebene unter 16-jährige Kind, — auch für unehelich geborene — die festgesetzte Unterstützung geröhrt wird. Auf Antrag von Wietzmann (Dresden) und Kretschmer (Hamburg) gelangt folgende Resolution zur Annahme: „Der Kongress wolle sämtliche freien Hilfskassen ersuchen, im Fall das Gesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, eine derartige Aenderung erlangt, wodurch das Fortbestehen der freien Hilfskassen weiter gesichert bleibt, dahin zu wirken, daß sich dieselben immer mehr unter einander zu zentralisiren suchen und, wenn dies nicht möglich, wenigstens zu Verbänden zusammenfassen. Im Fall jedoch das Gesetz eine derartige Rechtskraft erlangt, wodurch das Fortbestehen vieler freien Hilfskassen unmöglich gemacht würde, dann eine allgemeine Krankenunterstützungskasse sämtlicher Arbeiter Deutschlands, welche den gesetzlichen Anforderungen nicht zu genügen braucht, zu schaffen.“ — Von einer Reihe Berliner und auswärtigen Delegirten wird folgende Resolution eingebracht und vom Kongress angenommen: „Der Kongress erkläre in der seitens der Regierung beabsichtigten Einführung der Novelle zum Krankenversicherung-Gesetz auf Neue das Bestreben, die Krankenversicherung der Arbeiter dem Einflusse der letzteren so viel wie möglich zu entziehen und dieselbe fast gänzlich dem Willen der aufsichtführenden Behörden zu unterstellen. Der Kongress protestirt prinzipiell energisch gegen jede behördliche Bevormundung und erklärt, daß die Arbeiterschaft die zu ihrem Wohle getroffenen Einrichtungen, besonders die Krankenversicherung, ohne behördliche Einmischung sehr wohl zu verwalten und gedeihlich zu fördern im Stande ist und jeder Einfluß der Behörden der Entwicklung solcher Einrichtungen nur im Wege steht.“ — Eine von John-Berlin eingebrachte Resolution, die gleichfalls zur Annahme gelangt, lautete folgendermaßen: Der Kongress übersendet dem Veteran der modernen Arbeiterbewegung, Friedrich Engels, zu seinem 70. Geburtstag nachträglich die herzlichsten Glückwünsche in der Erwartung, daß es ihm noch recht lange vergönnt sein möge, die Proletarier aller Länder in ihrem Befreiungskampfe in Rath und That zu unterstützen, damit es gelingen möge, daß die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit zur Wahrheit werden.“ Die bereits erwähnte Hamburger Kommission wird noch beauftragt, die auf dem Kongress gefassten Beschlüsse etc. mit einer Denkschrift sowohl dem Reichstage, wie der Reichsregierung zu übersenden. Weitere Anträge liegen nicht vor, und so schließt der Vorsitzende, Herr Deisinger-Hamburg, gegen 4 Uhr den Kongress mit einem dreifachen Hoch auf die freien Hilfskassen.

Ein öffentliche Versammlung aller in der Herren-Garderobe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand Mittwoch Abend unter Vorsitz des Herrn Thimm im Wägelers Brauhaus statt. Zu derselben waren alle Handwerker, Bürger und Arbeiter besonders eingeladen. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: Welche Forderungen stellen wir an die Inhaber von Herren-Garderobengeschäften, welche mit besonderer Liebe an das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft appelliren? Das Referat hierüber hatte Genosse W. Lätzerow übernommen und führte folgendes aus: Durch die wirtschaftlichen Umwälzungen wird das Kleinkapital vom Großkapital verdrängt, das Kleinkapital geht von Tag zu Tag seinem Untergang näher. Aber nicht allein das Großkapital strebt dem Kleinen feindselig gegenüber, sondern es bekämpft sich auch unter einander. Einen Ausflus hieron sehen wir in dem Annonenschwandel, der heutigen Tages allseitig entfaltete wird in dem Ringen nach Existenz. Seit einiger Zeit sind an den Säulen Plakate erschienen, welche an die Proletarier, an Handwerker, Bürger und Arbeiter, also an die große Masse des Volkes appelliren. Es wird in denselben die Waare als die vorzüglichste angepriesen und dafür werden unanständig niedrige Preise gefordert. Thatsächlich ist das Ganze nichts weiter als Kellame, die niedrigen Preise werden dem Volk vorgegaukelt mit der Absicht, es anzulocken und ihn schließlich Waare aufzudrängen. Besonders durch ihr Kellamen haben sich in neuerer Zeit die Firmen J. Hartwig Söhne und Wör, Julius Lindenbaum, die Goldene Hundertzahn und die Amerikanischen Verkaufshäuser hervorgethan. In allen Arbeiterblättern findet man übergroße Annoncen dieser Firmen mit allen möglichen Anpreisungen, freilich in diesen lassen sie die Bemerkung fort, daß auch Sonntags die Geschäfte bis Abends

10 Uhr geöffnet sind. Dem Allen sehen aber die Krone auf die Anpreisungen der sogenannten Verfassungsgesetze. Nun handelt es sich darum, wie sich die Arbeiter dazu stellen wollen, welche Forderungen sie an solche Firmen stellen, die fortwährend auf ihr Solidaritätsgefühl pochen. Da es Hauptbestreben der Arbeiter sein muß, durch Lohn erhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit ihre Lage zu verbessern, so ist das Verlangen höchst berechtigt, daß diesen Bestrebungen derartige Firmen Rechnung tragen. Sie müssen bemüht sein, die Lebensstände, welche ihre Arbeiter bedrücken, zu beseitigen oder wenigstens möglichst zu mildern. Auf den im Schneidergewerbe beschäftigten Arbeitern liegt als eine Hauptlast die Hausindustrie, welche dem Unternehmer es ermöglicht, selbst die Werkstattkosten vollständig von sich abzuwälzen und dem Arbeiter aufzuhalsen. Außerdem wird nirgends so sehr, wie in der Hausindustrie die Arbeitskraft des Einzelnen bei den denkbar niedrigsten Löhnen ausgenutzt. Daher müssen wir von den Geschäftsinhabern, welche sich stets als Arbeiterfreunde, ja sogar als Genossen aufspielen, verlangen, daß sie für Abänderung dieser Mißstände eintreten. Den Arbeitern muß klar gemacht werden, daß die Firmen, welche ihre Schundwaare zu so fabelhaft niedrigen Preisen anbieten, es nur durch die denkbar niedrigsten Löhne und Druck auf ihre Arbeiter ermöglichen. Um festzustellen, welche Firmen für die Interessen der Arbeiter wirklich eintreten, würde es empfehlenswert sein, Listen aller dieser Geschäfte anzufertigen und sie zur Kenntnisknahme der Arbeiter zu veröffentlichen. (Zustimmung.) Wir können es keinem Kapitalisten verargen, wenn er auch in Arbeiterblättern mit allen möglichen Reklamemitteln die Arbeiter anzulocken sucht, denn er steht unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse. Aber wir können dann auch an ihn mit voller Berechtigung unsere Forderungen stellen und deren Erfüllung verlangen. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion tritt Herr Penn einigen Ausführungen des Referenten entgegen und verteidigt die Firma Hartwig Söhne und Wör.

Herr Kränkel, ein Angehöriger dieser Firma, hebt die Arbeiterfreundlichkeit und Reclität seiner Unternehmer hervor.

Herrmann bestreitet, daß diese Firma gute Löhne zahle, da er Gelegenheit gehabt habe, Einsicht in die Lohnbücher verschiedener Arbeiter zu nehmen. Er verurteilt es ferner sehr, daß der größte Theil der Arbeiten außer dem Hause, also durch Hausindustrie angefertigt werde. Besonders niedrig seien die Löhne der Arbeiter der Firma in Stettin. (Lebhafter Beifall.)

Franz, Vertreter der angegriffenen Firma, verteidigt diese nochmals und bestreitet alle gegen dieselbe erhobenen Anschuldigungen. (Widerspruch.)

Kogge wundert sich, daß die Herren Inhaber der Firma nicht selbst erscheinen, sondern ihre Angestellten hindern, zu ihrer Verteidigung. Im Uebrigen streitet er Herrn Wör das Recht ab, sich Genosse zu nennen. (Lebhafter Beifall.)

In der weiteren Diskussion kommt es noch zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Angestellten der Firma Hartwig Söhne und Wör und den anderen Rednern, bis erstere in sehr störender Weise den Saal verlassen.

Nach einer weiteren Besprechung der Verhältnisse in diesem Geschäft wurde beschlossen, vorläufig den Inhabern desselben noch etwas Zeit zu lassen, ob sie in den Arbeitsverhältnissen Verbesserungen eintreten lassen werden. Falls das aber nicht geschehen sollte, dann sollten die Schneider darauf hinwirken, daß die Reklame-Anzeigen dieser Firma aus dem „Berliner Volksblatt“ beseitigt würden.

Ferner wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Versammlung der Schneider und Schneiderinnen Berlins erklärt, daß sie sich vollbewußt ist, daß infolge der Entwicklung der Technik sich die Produktion auf der handwerksmäßigen Basis nicht erhalten läßt, sondern daß der Großproduktion die Zukunft gehört. Daher stellt die Versammlung an alle Unternehmer das Verlangen, besonders aber an diejenigen, welche unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit auf das Solidaritätsgefühl der Arbeiter pochen, daß dieselben vor allen Dingen für große Betriebswerkstätten mit geregelter Arbeitszeit, angemessenen Lohn u. s. w. Sorge tragen. Eine andere Produktionsweise, vor allem die Hausindustrie, erklärt die heutige Versammlung für die verwerflichste Ausbeutung der Arbeiter und verlangt deshalb von der Berliner Arbeiterschaft, daß dieselbe nur solche Geschäfte berücksichtigt, welche diesen Forderungen nachkommen. Die Agitationskommission wird verpflichtet, in allen Geschäften Untersuchungen vorzunehmen und die Resultate in den Arbeiterblättern zu veröffentlichen.

Eine Mitgliederversammlung des Vereins der Koll- und Lackfuhrwerks-Kutscher tagte am Sonntag Abend. Herr Schütte hatte die Absicht, über das Thema: „Unsere Vereinigung früher und jetzt“ zu sprechen, bat jedoch des schwachen Besuches wegen von einem solchen Vortrage heut abzusehen. Herr Grauer trat dieser Ansicht bei und sprach den Wunsch aus, eine allgemeine

Besprechung über die Ursachen des schwachen Besuches der Versammlung einzuleiten. Kollege Schramm wollte die Ursache desselben in der zu späten Bekanntgabe der Versammlung finden und bat, Versammlungen künftig frühzeitiger bekannt zu geben. Kollege Wojanowski glaubt, der schwache Besuch sei lediglich eine Folge der Gegenströmung, welche sich durch die Gründung eines zweiten Vereins bemerkbar gemacht habe; denn diejenigen Kollegen, welche dem zweiten Verein als Mitglieder angehören, versuchten den ersten, den „Verein der Koll- und Lackfuhrwerks-Kutscher“ also, in jeder Weise zu schädigen. Dies beweise, daß sie nach dessen Zielstellungen gingen und den Beworthern derselben mittelteilten, der alte „Verein der Kollkutscher“ existire nicht mehr und für denselben dürften Beiträge nicht mehr angenommen werden. Diesen Maximen sei dadurch entgegenzutreten, daß eine regere Agitation für den ersten Verein entfaltet werde. Sie dürfe sich aber die Art und Weise des zweiten Vereins nicht zum Vorbild nehmen, sondern es müsse mehr Aufklärung über Zweck und Ziele des Vereins geschaffen werden. Es wurde hierauf beschlossen, von einem Referat über den ersten Punkt der Tagesordnung für heute ganz abzusehen. Herr Schütte kommt hierauf auf die Abzweigung des zweiten Vereins von dem ersten zu sprechen und bemerkt, daß die vielerlei Vereinsmeierei für die Kollegen keinen Zweck haben könne. Um so bedauerlicher sei es, daß Kollegen, die den ersten Verein mit begründet, mit einem Male das Bedürfnis gefühlt hätten, einen neuen Verein zu gründen. Und weshalb? Weil man den Kollegen vorgerechnet hätte, der alte Verein stände nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Er könne nicht annehmen, daß diese Annahme auf Unkenntniß der Verhältnisse beruht habe; denn eine Gewerkschaft, die das Wohl ihrer Mitglieder auf ihre Fahne geschrieben habe und die dann nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehe, könne es sich nicht denken. Selbstverständlich könne Niemand mit dem Kopf durch eine Mauer laufen, auch dann noch nicht, wenn der Schüssel ein noch so harter sei. Wenn die in den Jahren 1888 und 1890 infizierten Streiks Zweck Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollkutscher Berlins auch ins Wasser gefallen seien, so sei dies doch lediglich nur auf die ungenügende Organisation der Kollegen zurückzuführen gewesen und könne dem Verein so wenig wie den Leitern zur Last gelegt werden. Ueberdies seien ja die Herren der damaligen Lohnkommission es gerade, die den neuen Verein gegründet hätten. Der neue Verein könne dem alten keinen Schaden machen. Man brauche dem neuen Verein gar nicht feindlich gegenüberstehen; im Gegentheil! Der alte Verein würde doch das bleiben, was er stets gewesen sei: Ein Bollwerk gegen die Uebermacht des Kapitals. Herr Grauer kann sich mit den Ansichten des Vordredners nicht ganz einverstanden erklären. Er will es dem neuen Verein mit Bezug auf größere Regsamkeit nachgemacht und die event. vorhandenen Fehler beseitigt wissen. Es sei auch nicht richtig, wenn man sage, unser Verein bestehe doch! Nein, es müssen immer mehr neue Kräfte herangezogen werden. Schließlich müssen Versuche gemacht werden, beide Vereinigungen in eine einzige zu verschmelzen. Sodann müssen ebenfalls Wanderversammlungen abgehalten werden und zwar auch an Wochentagen. Kollege Schramm polemisiert gegen den Vorschlag, an Wochentagen Versammlungen und Wanderversammlungen abzuhalten. Dies sei mit Rücksicht auf den Beruf einfach unmöglich und habe auch keinen Erfolg. Herr Grauer glaubt doch, daß es möglich zu machen ginge. Herr Schütte hält mit Rücksicht auf die Arbeitszeit und auf den Beruf selbst, die Abhaltung von Wanderversammlungen oder Einberufung von Agitationsversammlungen für ungewinnlich. Diese Versammlungen seien stets von ein und denselben Personen besucht. Er ersucht die Mitglieder, die Agitation selbst in die Hand zu nehmen und auf den Fußhöfen, Bahnhöfen etc. unter den Kollegen zu agitieren, und die Lässigen heranzuziehen und empfindlich zu machen, seiern Anschluß an die Arbeiterpresse, denn die Presse gerade sei es, welche mehr agitire, als alle Versammlungen. Die Arrangirung des Maskenballes wurde dem Vorstande und dem Vergnügungskomitee übertragen.

Lohnverein der Fischer. Freitag, den 12. Dezember, Abends 8½ Uhr, in Döschel's Salon, Seebastionstraße Nr. 29, außerordentliche General-Versammlung.

Achtung! Berliner Streik-Kontrollkommission. Versammlung sämtlicher Delegirten am Freitag, den 12. d. M., Abends 8 Uhr, bei Zeiglmüller, Alte Jakobstr. 48a.

Achtung! Färben- und Pinselmacher Berlins! Des bevorstehenden Festes wegen findet unsere Jahroersinnungs-Versammlung acht Tage früher, also am Sonntag den 14. Dezember, Vorm. 10½ Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 76, statt.

Gemeinschaftliche Beisammensein des Allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins am Sonnabend, den 18. Dezember etc., Abends 8 Uhr, in Scheller's Salon, Inselstr. 10.

Vereinigung der Prechaler Deutschländer, Ostberverwaltung 1. Versammlung am Sonntag, den 14. Dezember, Vormittags 10 Uhr, in Salon's Stübchen, Annenstr. 19. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag über: Prechaler Gesellschaft. Referent: Drechslermeister Herr Wautar. 3. Diskussion. 4. Beschließens und Prozeduren. Gäste haben Zutritt. - Gleichzeitig werden die Bevollmächtigten der Ostberverwaltungen um Einziehung der Arbeiter - Stimmblätter und Uebersendung an den Unterzeichneten ersucht. Karl Doß, Stallgerstr. 7.

Freiwilrige Gemeinde. Rosenhauerstraße 27. Sonntag, den 14. Dezember, Vormittags 10 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Köllt über Segnungen des Unglaubens. Gäste sehr willkommen, auch Nachmittags 6 Uhr bei der Öffnung des Weihnacht-Baars zu wohlthätigen Spielen (später Tanz). - Montag Abends 8 Uhr beschließens Versammlung (Eintretenberathung).

Preussische Große öffentliche Volksversammlung am Freitag, den 12. Dezember etc., Abends 7½ Uhr, im Hotel „Kaiserhof“.

Große öffentliche Volksversammlung am Freitag, den 12. Dezember, Abends 8½ Uhr, im Hotel „Kaiserhof“.

Berliner Berliner Lagerhülse. Sonntag, den 14. Dezember, Vorm. 10 Uhr, bei Hesse, Lichtungbergstr. 21. General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. Diskussion. 2. Wahl des gesammten Vorstandes. 3. Beschließens. - Aufnahme neuer Mitglieder.

Der gesellige Klub „Proletar“ veranstaltet am Sonntag, den 14. Dez. Abends 8 Uhr, im Hotel des Herrn Krüger, Große Frankfurterstraße Nr. 99, ein geselliges Beisammensein und Tanz. Freunde und Genossen sind willkommen.

Der deutsche Privatbeamten-Verein (Zweigverein Berlin) veranstaltet am Sonnabend, den 13. Dezember, um 8½ Uhr seiner Unterhaltungsstelle im „Damen-Theater“ eine Wohlthätigkeits-Vorstellung, zu welcher Eintrittskarten zu bedeutend ermäßigtem Preise bis Freitag Abend von den Herren Schälge, Brunnenstr. 22, und Sirenenwache, Cranienburgerstraße 20, zu beziehen sind. - Zur Aufführung gelangt Humbert's „Dieck des Hofkammer“ (mit Herrn Emil Wilhelm vom Victoria-Theater, als Gast). Nach Schluß der Vorstellung findet in dem für die Vereinsmitglieder und deren Gäste reservirten Theaterräumel eine Abendunterhaltung mit Tanz statt, wozu freier Eintritt gegen Vorweisung der Theaterkarte gestattet ist.

Les- und Diskussionsklub. Freitag, Karl Marx, Abends 9 Uhr, bei Schönfeld, Wartenborferstr. 10. Gäste haben Zutritt. - Freie Kritik! Abends 8½ Uhr, im Restaurant „Pilsener“, Grünstraße 21, Brunnentempel. - „Süden“, Abends 8½ Uhr bei Schwarzlopp, Stallgerstr. 11. Gäste, Damen und Herren, willkommen.

Arbeiter-Sängerband Berlins und Umgegend Abends 9 Uhr, Neubaugasse, Aufnahme von Mitgliedern. Männer-Gesangverein „Collegia“, Restaurant Reichensbergerstr. 16. - Gesangverein des „Kochens“ Vereins der Pauer Berlins und Umgegend. „Gemüthlichkeit“, Seebastionstraße 21 bei Feuerstein. - „Waldenberger Männerchor“ Berlin, Alte Jakobstr. 75 bei Feuerstein. - Männer-Gesangverein der „Berliner Schiedler“, Kopenstr. 28 bei Schürmer. - Arbeiter-Gesangverein „Wort“, Brunnenstr. 28 bei Gnadt. - Gesangverein „Sonderburg“, Restaurant Wör, Wilmberg. - Gesangverein „Wiederhall“, Köpenickerstr. 121 bei Hoyer. - Arbeiter-Gesangverein „Hoffnung“, Friedrichshagen, Friedrichstr. 11 bei Spitze. - „Kunstmaler-Gesangverein“, Hiltbergstr. 11 bei Hiltberg. - Gesangverein „Esmeralda“, Kopenstr. 28 bei Hiltberg. Abends 8 Uhr. - Gesangverein „Amicitia“, Niedershof in Albrecht's Restaurant, Abends 8½ Uhr.

Berlin, Turn- und geselliger Verein. Freitag, Arbeiter-Gesangverein Wilhelm Seeger'sche Liedertafel, Abends 9 Uhr bei Trudis, Reichensbergerstr. 16, Neubaugasse, Aufnahme neuer Mitglieder. - „Männerchor Berliner Reganter“, Abends 8½ Uhr, im Restaurant Müller, Johannisstr. 29. - Männer-Gesang-Verein „Anten“, Abends 9 Uhr, in der Berliner Koch-Bräuerstr. - Vergnügungsverein „Glocke“, Abends 8½ Uhr, Sitzung bei Wörmer, Hiltbergstr. 22. - Nach der Sitzung Tanz. Gäste willkommen. - Vergnügungsverein „Die Scher“, Sitzung mit Damen von 8½ Uhr ab, Kopalstr. 20 bei Salow. Gäste willkommen. - Geselliger Verein „Im Meergrün“, Abends 9 Uhr, im Restaurant Heimlich, Cranienstr. 26. - Verein ehem. Schuler der 28. Gemarkung, Schulstr. 28, Abends 9 Uhr, im Grand Restaurant „Kornblume“ (Hut), Otto Hof, Albrechtstr. 3. Gäste willkommen. - „Mausloch“, Hauptstr. 28, Abends 8½ Uhr, bei W. Spach, Weinstraße 28. - Theater- und Vergnügungsverein „Pulcanta“, in Hoß's Restaurant, Vinsenstr. 77. Gäste willkommen.

Depeschen.

London, 11. Dezember. (Telegramm des Herold.) Heftige tumultuarische Szenen fanden heute vor dem Bureau der Zeitung „United Ireland“ in Dublin statt. Heute Vormittag erkrankte es die gestern aus dem Bureau's vertriebenen Antiparneristen. Nachher kam Parnell mit großem Anhang, ließ die Thüren erbrechen, vertrieb die Anwesenden und installierte wieder das von ihm eingefetzte Redaktions- und Druckereipersonal. Parnell hielt von einem Fenster der Redaktion aus eine Rede an das versammelte Volk. Die Polizei verhielt sich neutral.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Listung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht ertheilt.

G. Tempo 1000. 1. Für Dienstboten gilt, falls nichts Anderes verabredet ist, sechs wöchentliche Kündigung zum Quartalsende. 2. Seit 1877.

W. Sch. 15. Ueber die Dauer des Schulzwanges besteht kein für ganz Preußen gültiges Gesetz, sondern nur verschiedene Oberpräsidial-Berordnungen. Wir möchten daher zunächst wissen, um welchen Bezirk es sich handelt.

Briefkasten der Expedition.

Die Vorstände der politischen Vereine, Gewerkschaften, Leseklubs etc. werden hierdurch wiederholt gebeten, uns einige entbehrliche Exemplare ihrer Statuten einzusenden, damit wir täglich an uns gerichtete Anfragen von auswärtig betreffenden Gründung von Arbeiterorganisationen juristen stellen können.

Protokoll. Bei uns sind 4 Exemplare des Hallenser Protokolls, als auf einem hiesigen Postamt aufgefunden, abgegeben worden. Der Beförderer wolle sich bei unserer Expedition unter Angabe des Ortes, wo dieselben verloren gingen, melden.

Wer eine wirklich gute, billige Cigarre rauchen will, der probire meine folgenden Spezialmarken:

Nr. 24. Ausgezeichnete reine 5 Pf.-Qualitätscigarre. Erfüllt die sog. Spezialsorten von 60 bis 75 M. vollständig.

Nr. 14. Unübertrefflich! Vorzüglichste aller 6 Pf.-Cigarren. Dieselbe wird anderweitig nicht unter 10 Pf. verkauft.

Nr. 35. Hochfeinste 7½ Pf.-Cigarre. Für verwöhnte Raucher, welche sich einen wohl. Genuß verschaffen wollen. Werth das Dopp. Cigarren anderer Preislagen in unerreichten Qualitäten.

Ein Versuch wird es lehren, daß man nirgends besser und billiger Cigarren kauft, als bei mir.

EWALD NITTER, Berlin C., Brüderstraße 20
1794 (Ecke Scharenstraße).

Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren,
Spezialität: Portraits bewährter sozialistischer Führer in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Knöpfen und Brochen.

E. Günzel, Brunnenstraße 157.

Genossen empfehle mein Gutgeschäft. Arbeite nur mit Fabrikanten, welche sich der Kontrollmarken deutscher Hutmacher angenommen haben. Bitte zu beachten: Köpenickerstraße 128, nahe der Adalbertstraße.

Adolph Kehr.

Es werde Licht!
Bücher von Leopold Jacoby.
Stuttgart bei J. H. W. Dietz.
Preis 50 Pf.

*) Bisher durch das Sozialisten-Gesetz verboten. 612

Unserem Freunde R. Mal zu seinem heutigen Wiegenfeste e. dreif. donnerndes Hoch, d. h. M. die Bierkrüge ins wanken geraten. - Na, wie so d'n. 2079

Unserm Kollegen Gottlieb Rumpel zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch! In der Brücken-Allee, vis-a-vis vom Bau werden wir dasselbe feiern. Wer rumpel, pumple, dir aber nicht. G. gannere nicht. 2082

Deine Kollegen.

Emil Tiersch
Uhrmacher
21-22 Brunnenstr. 21-22
(neben Greisenhagen)
empfeilt sein großes Lager aller Arten Uhren, Goldwaaren u. Kotten zu soliden Preisen. 804

Reparaturen unter Garantie!

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Zahlung nach Ueberreife.

Jackets für Damen
werden nach beendeter Engros-Saison einzeln billig verkauft. Markiewicz, Niedervallstr. 35, 1 Tr. 1963

M. W. Walter.
Gegründet 1818.
Fernsprech-Amt 9. 8896.
Fingerringstr. 3.
Verandlung für Weib u. Hülsenfrüchte. Aufträge von 3 M. an frei Haus oder Bahnhof. 884

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine Frau am 8. Dezember, Abends 10½ Uhr, am Gehirnschlag verstorben ist. Die Beerdigung findet am 12. Dezember, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs statt. Dies zeigen tiefbetruert an 2093 Reinhold Hoimler nebst Kindern.

Ortskrankenkasse d. Steindrucker und Lithographen.
Am 9. Dezember er. verstarb unser Mitglied, der Lithograph
Herr Otto Haack.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. d. Mts., 1 Uhr Nachm., vom Trauerhause, Gerichtstr. 20, aus nach dem Kirchhofe der Dankestirche, Tegeler Chauffee. Um zahlreiche Betheiligung bittet [2075] Der Vorstand.

Zahn-Atelier
Andreasstrasse 60 1 Treppe
Gingang Kleine Andreasstrasse
Otto Arendt.
Schmerzloses Zahnziehen, Nervtöden, Plombiren, Anfertigung ganzer Gebisse und einzelner Zähne unter Garantie guter Ausführung bei soliden Preisen.

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Einziehung von Forderungen. 2082
Pollak, jetzt Georgenkirchstr. 24, 11.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
Ganze Ausstattungen empfiehlt
Moritz Gläser, 400
167. Reichenbergerstr. 167.
Frdl. Schläffl. f. anständ. Herrn zu verm. Kl. Markstr. 10, v. I. r. [2065]

Bestände zu 100-200 Pers. noch für Januar, Februar unentgeltlich zu vergeben.
Gaillard, Prinzenstr. 87.
2 Kegelbahnen noch einige Tage frei.

Handwerker! Achtung! Arbeiter!
„Der Restauration“
„zum elektrischen Funken“
Der größte Mittagstisch und Abendstisch (wie bei Mattern). Angenehmer Aufenthalt Elisabeth-Ufer 80, Ecke Oranienplatz, R. Krüger. 2068

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein
Weiß- u. Bairisch Bier-Local
Zum rothen Stern,
Gr. Frankfurterstr. 27, Eing. Debusstr.

Schöne holsteinische Haselnüsse
versendet das Postkoll (netto 4¼ kg) franco gegen franko Einzahlung von 2008 2 Mark 60 Pfg.
Georg Coste Nachf.
Schleswig.

Den Parteigenossen empfehle mein gut sortirtes Lager von Damen-, Herren- und Kinder-Stiefeln zu zeitgemäßen Preisen. Bestellungen nach Maß werden gut ausgeführt.
A. Woyack, Müllerstr. 12a.

empfehle bei Se-
darf mein 64
Den Genossen
Herren- u. Knaben-
Garderoben - Geschäft.
Wilh. Pahr, Nr. 8 am Pappelfeld.
Ein Vereinszimmer ist zu vergeben bei Adolf Laage, Fürbringerstr. 22. 1793

nicht einen Schutz der Arbeiter, sondern einen solchen der Unternehmer und giebt daher der Erwartung Ausdruck, daß im Plenum des Reichstages den Anträgen der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion mehr Gehör geschenkt werden wird, da nur durch diese ein wirklicher Arbeiterschutz eingeleitet wird.

Der Fachverein der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter hielt am 8. Dezember seine regelmäßige Wochenversammlung ab. In derselben hielt Herr Gröndel einen Vortrag über Volksernährung und Arbeiterbewegung, welcher mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurde. Unter Verschiedenem wurde ein Antrag der Arbeitsnachweis-Kommission auf Bewilligung von 20 M. zur Anschaffung eines Pulles nach kurzer Diskussion angenommen. Ferner wurde beschloffen, die Unterstützungen der Rosenthal'schen Arbeiter nur noch bis 1. Januar auszudehnen; es verpflichteten sich sämtliche Kollegen, bis dahin dieselben nach Kräften zu unterstützen. Kollege Schlegel weist hierauf nochmals auf den Werth einer guten Statistik hin und fordert die Kollegen auf, die noch ausstehenden Fragebogen auszufüllen und nächsten Montag abzuliefern.

Wusthewer bei Wriezen a. O., den 8. Dezember 1890. Gestern fand hier unter Vorsitz des Genossen Salomon die erste sozialdemokratische Volksversammlung statt. Für Otto Thierbach war Genosse Stabernack erschienen, weil ersterer geschäftlich verhindert war. Der Referent behandelte das Programm der Partei und erläuterte es in klarem, auch dem Bildungsgrade der ländlichen Arbeiter verständlichem Vortrage, welcher oft von den Gegnern, welche aus dem Gutbesitzer, Prediger, Lehrern und ihrem Anhang bestanden, unterbrochen, aber auch von dem größten Theile der Versammlung, welche aus Arbeitern und kleinen Grundbesitzern sich zusammensetzte, mit lebhaften Beifallsbezeugungen aufgenommen wurde. Herr General v. O. P. P. n., der Amtsvorsteher und Gutbesitzer des Bezirks, ergreift nun das Wort, um uns zu vernichten. Herr v. O. P. P. n. sagt, daß es wohl anders und besser sein würde, wenn Herr Stabernack Kriegs- und Herr Salomon Finanzminister sein würden. Auch sehe er von der Nothlage der Arbeiter nicht viel, als Beweis solle man sich Herrn Stabernack ansehen. (Genosse Stabernack ist etwas forpulent.) In dieser und ähnlicher Weise ging der Herr gegen uns los, am Schlusse lobte er den jungen Kaiser als leuchtendes Beispiel für alle Fürsten und brachte ein Hoch auf denselben aus. Als aber einige hierbei sitzen blieben, da kannte die Wuth des Herrn keine Grenze mehr. Mit den heftigsten Gestikulativen wies er wiederholtlich auf sie hin und schrie: „Seht, da sitzen die Hochverräther!“ — Genosse Salomon dankte hierauf dem Herrn Vordredner, daß er ihn als Finanzminister empfiehe; es würde ihm aber gewiß ebenso ergehen, wie Herrn Müller, er würde auch nicht wissen, wo er das Geld für das Militär herkommen solle; außerdem würde er aber sämtliche Pensionen konfiszieren und Herr v. O. P. P. n. würde dann gewiß auch seine sehr erhebliche Pension dem Wohle des Staates gern opfern. Hiernach wollte aber der Herr General a. D. nichts wissen. Nun sprach auch noch der Herr Prediger gegen die bösen Sozialdemokraten. Nur mußte dieser Herr doch zugeben, daß es noch sehr viel Fausles und Verbesserungsbedürftiges bei uns gebe. (Der Mann ist noch jung und hat insolge dessen nur ein verbefferungsbedürftiges Gehalt von 2100 M. Die größte Gefahr bringe die Sozialdemokratie aber dem Christenthum und da sei er als Ortsgeistlicher verpflichtet, die Bewegung hier zu unterdrücken. (Ob es ihm gelingen wird?) Gen. Stabernack führte mit ungeschminkten Worten beide Opponenten derartig ab, daß sie eiligst den Saal verließen. Hierauf schloß der Vorredner die Versammlung. — Das war die erste Versammlung im Oberbarnimer Kreise auf dem Dorfe. — Wir sind mit dem Erfolge sehr zufrieden. Neue Welt-Kalender wurden abgesetzt und sozialdemokratische Zeitungen bereitwillig abgenommen.

Die materialistische Geschichtsauffassung war das Thema, das am Sonntag in einer öffentlichen Versammlung für Frauen und Männer unter Vorsitz der Frau Nilans besprochen wurde. Ehe die Versammlung in die Tagesordnung eintrat, wurde ein dreimaliges Hoch auf Friedrich Engels ausgebracht. Herr Peus referirte. In der Diskussion wurde noch von mehreren Seiten die verschiedene Beurtheilungsweise derselben Dinge von den verschiedenen Standpunkten treffend dargelegt und eine entsprechende Resolution angenommen.

Der Fachverein der in den Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter hielt am 1. Dezember eine gutbesuchte Versammlung im neuen Vereinslokal ab. Bericht über den Rosenthal'schen Streik erstattete Kollege Schlegel. Wie wohl jeder weiß, trachete vor 8 Wochen ein Streik bei der Firma J. Rosenthal (Zub. Gronau) aus, weil der Herr sich beharrlich weigerte, eine Erklärung der Arbeitszeit auf 9 Stunden zu bewilligen, wie sie in allen größeren Kontobuch-Fabriken mit wenigen Ausnahmen bereits eingeführt war. Wenn nun beim Eintritt in den Streik die Aussicht auf baldigen Sieg vorhanden war, so sei letztere bald durch den flauen Gesangsgang in dieser Branche getrübt worden. Gronau ist nicht gewillt, die an ihn gestellten Forderungen zu bewilligen. Da sich nun im Laufe des Streiks „Kollegen“ gefunden hätten, die dort angingen, so sei die formelle Beendigung des Streiks geboten. Vorläufig seien die Stellen besetzt und Aussicht auf Erfolg nicht mehr vorhanden. Ohne Arbeit seien jetzt noch 8 Arbeiterinnen und 9 Arbeiter, denen es schwer würde, Arbeit zu finden, weil es den Anschein habe, als ob sich die Unternehmer nach Mithier der Vam-urgen verständigt hätten, sie nicht mehr zu beschäftigen. Wenn ein großer Erfolg in materieller Hinsicht auch nicht zu konstatieren sei, obgleich den Streikbrechern die 2/3 stündige Arbeitszeit gegeben worden ist, ein Erfolg, der aber durch stau. emweie Bezahlung, wodurch der Lohn bedeutend herabgedrückt wird, wieder illusorisch gemacht wurde, so ist der moralische Erfolg desto größer, da sich die besten Kräfte, die Städter, welche in die Kohlarbeiter eingetreten, bisher nicht bereuen finden liegen, sich bedingungslos ihrem Chef zu ergeben. Nachdem Redner sodann um Unterbringung und kräftiger Unterstützung der noch ausstehenden Kollegen aufgefordert hatte, legte er der Versammlung folgende Resolution vor: „Die Mitglieder-versammlung des Fachvereins der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter erklärt den Streik bei J. Rosenthal als beigelegt und erklärt ferner: In Erwägung, daß dieser Streik ein Prinzipienstreik war, und die dort Beschäftigten verpflichtet waren, die Arbeit nieder zu legen, um eine einheitliche Arbeitszeit in den Kontobuch-Fabriken zu erzielen, erachtet die Versammlung es als die Pflicht aller Kontobuch-Arbeiter, da die Vereinstafel nicht länger in Anspruch genommen werden kann, die jetzt noch ausländigen Kollegen und Kolleginnen nachdrücklich zu unterrichten und verpflichten sich die Kontobuch-Arbeiter bei einem Verdienst bis 20 M.: 50 Pf., von 20-24 M.: 75 Pf., über 24 M.: 1 M. allwöchentlich an die Vereinstafel abzuliefern.“

In der hierauf folgenden Diskussion entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Punkte, ob der Streik beigelegt werden soll und ob die Einführung der allwöchentlichen Steuer für die Kontobuch-Arbeiter angebracht ist. Das Resultat dieser Debatte war Annahme der schließlichen Resolution gegen 2 Stimmen. Unter Verschiedenem erfolgte der Ausschluß der Herren Kohle, Pfeil, Mann, Bernhardt, Kriz, Klein, Pilge aus dem Verein, weil dieselben die Arbeit in der Fabrik wieder aufgenommen hatten. Ferner wurde der Versammlung ein Beschluß des Vorstandes vorgelegt, dahingehend, daß lose Quittungsmarken von jetzt ab nicht mehr ausgegeben werden. Der Antrag fand die Billigung der Versammlung.

Eine beschließende Versammlung des Fachvereins für Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter fand am Montag, den 8. Dezbr., statt. Genosse Millarg hielt einen Vortrag über: „Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und wie ist ihre Lage zu verbessern?“, der reichen Beifall fand. Diskussion fand nicht

statt. Die Diskussion über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Obligatorische Einführung der Metallarbeiter-Zeitung“ gestaltete sich sehr lebhaft. Fast alle Redner waren über den wahren Werth der obligatorischen Einführung der Fachzeitung als Agitations- und Aufklärungs-Mittel einverstanden, betrachteten es aber als ein gewagtes Experiment, es unter den jetzigen Verhältnissen zu thun; eine obligatorische Einführung bedinge eine Erhöhung der Beiträge und man befürchte, daß sich dadurch viele Kollegen vom Beitritt event. von der Angehörigkeit zum Verein absetzen ließen, da ja schon jetzt nach dem Bericht des Kassirers die Zahl von 1050 auf ca. 500 wirklich zahlende Mitglieder heruntergegangen ist. Dieser Ansicht wurde jedoch von verschiedenen Seiten lebhaft widersprochen. Nach lebhaften Für und Wider wurde der Antrag auf obligatorische Einführung der Metallarbeiter-Zeitung abgelehnt, ebenso ein Antrag, zur Vertreibung derselben eine Kommission zu wählen. Ein Antrag, es dem Vorstände zu überlassen, die Expedition der Zeitung in geeigneter Weise zu regeln, wurde angenommen. Zur Aufnahme meldeten sich etliche Kollegen. Die Abrechnung vom diesjährigen Sommerfest ergab einen Ueberschuß von 68 M. Dieselbe war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Ein Antrag, diejenigen Kollegen, welche die Billets noch nicht abgeliefert bezw. bezahlt haben, der Rechtschutz-Kommission zu übergeben, wurde angenommen. Unter Verschiedenem wurde zunächst der stellvertretende Vorsitzende über den Ausfall der letzten Versammlung interpellirt; derselbe legte klar, daß ihn hierin keine Schuld treffe, da die Anmelde-Beschneidung von der Post verspätet zugestellt wurde. Beschwerde ist bei der Ober-Postdirektion eingereicht worden. Dies gab Anlaß zu einer kritisch der bekannten Fingigkeit unserer Stephanboten, welche allerdings stark bezweifelt wurde. Ein Antrag, der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften eine Summe von 50 Mark zu überweisen, wurde nach einer Erklärung des Vorsitzenden zurückgezogen und den Kollegen empfohlen, die Marken zum Streik- und Agitationsfonds rege zu vertreiben. Nachdem noch auf das am 3. Feiertage stattfindende Weihnachts-Vergnügen des Vereins hingewiesen, erfolgte nach Erledigung einiger Fragen Schluß der Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Gärtner tagte am 2. Dezember in Steglitz unter Vorsitz des Herrn C. Born. Herr C. Bächner hielt einen Vortrag über: „Der deutsche Gärtnerverband und unsere Ansichten auf die Zukunft.“ Sodann folgte die Lohnstatistik von Steglitz. Die anwesenden Prinzipale waren nicht in der Lage, die von ihnen gezahlten niedrigen Löhne zu verteidigen. An der Debatte beteiligten sich die Herren Michler und Watterstraß, welche sich im Sinne des Referenten aussprachen und den Zweck der freien Vereinigung hervorhoben. Die Herren Abraham, Rube, Müller und Lehmann suchten sämtlich einige Verdienste des Verbandes aus der Kumpellammer hervorzubringen, was denselben jedoch nicht glückte, sie wurden in allen Punkten von Herrn C. Bächner widerlegt. Sodann wurde die von Herrn Michler beantragte Resolution: „Die heutige öffentliche Gärtnerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Bächner einverstanden und verpflichtet sich, in diesem Sinne fleißig in Steglitz und Umgebung zu agitieren.“ mit großer Majorität angenommen. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und unter Abhängen der Arbeitermarxistalaise ging die Versammlung auseinander.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen hielt am Montag, den 8. Dezember, eine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher Herr Bogther einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über Bellamy's „Rückblick“ hielt. Nach einer kurzen Diskussion wurde unter Verschiedenem bekannt gegeben, daß am 3. Weihnachts-Feiertag eine öffentliche Versammlung stattfinden werde und wurde aufgefordert, für einen zahlreichen Besuch zu agitieren.

In der am 2. Dezember abgehaltenen regelmäßigen Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Lithographen wurde, nachdem ein Vortrag über Darwinismus und Sozialismus entgegengenommen worden, die Vergnügungs-Kommission neugewählt. Aus der Wahl gingen die Kollegen Theles, Dröbner, Endler, Busch, Göge, Ziegler und Lehmann hervor. Hierauf gab Kollege Schäfer den Bericht über die Stellenvermittlung, woraus hervorging, daß sie zwar noch nicht ganz den Erwartungen entspreche, immerhin aber sich etwas vervollkommen habe. Bei der nun folgenden Besprechung über etwaige Zusammenkünfte am Sonnabend zur Pflege der Kollegialität, sowie über Bezahlung der Bibliothek und Zeitschriften wurde eine Kommission zur Mietung eines geeigneten Lokals gewählt, bestehend aus den Kollegen Brahmam, Sveded und Ziegler. Als Ersatz für ein ausgeschiedenes Mitglied, der das Amt eines Revisors bekleidete, wurde Kollege Sveded gewählt. Zum Schluß bewilligte die Versammlung auf Antrag Schrader den Hamburger Zigarrenarbeitern und den Weißgerbern in Kirchhain je 25 M.

Der Lehrkursus der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen (männliche Abtheilung) tagte am 8. Dezember. Herr Dr. Vernstein sprach über Knochenbrüche. In der praktischen Uebung wurden die passenden Verbände geübt. Der Vorsitzende macht bekannt, daß die nächste Versammlung für beide Abtheilungen am Sonntag, den 14. Dezember, um 5 Uhr, in Feuerstein's Lokal, Jakobstraße 75, stattfindet mit der Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Vernstein über: „Die Schwindsucht mit besonderer Berücksichtigung der neuesten Behandlungsmethode“; Fragenbeantwortung. Sodann gemüthliches Beisammensein. Gaste, Damen und Herren, willkommen.

Zehlendorf. Am Sonntag, den 7. Dezember, Nachmittags, fand hier im Saale „Nigners Höhe“ eine öffentliche Volksversammlung mit der Tagesordnung: Zweck und Ziele der Sozialdemokratie, unter Vorsitz des Genossen Steiger-Steglich statt. Als Referent war Herr Kessler erschienen. Trotz mehrmaliger Auf-forderung meldete sich kein Gegner zum Wort. Unter Verschiedenem sprach noch Genosse Andreis-Steglich, welcher die Versammlung aufforderte, lehrreiche Blätter und Bücher und nicht die konservativen und freijährigen Quasiblätter zu lesen. Die Genossen Lungwitz, Friedmann, Haderbusch, Schöneberg, Minnig, Schöneberg, Gärtig, Schöneberg, Kluth, Steglitz und Ziger, Niddorf beteiligten sich an der weiteren Debatte. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Höpenitz. Am Sonntag, den 7. d. M., fand eine zahlreiche, auch von Frauen, besuchte öffentliche Versammlung unter Leitung des Genossen Hartmann statt, behufs Wahl der Vereinstafel-männer für Köpenitz, Adlershof und Glienicke. Für Köpenitz wurde Franz Ungering mit allen gegen 4 Stimmen, für Adlershof D. Bortels, für Glienicke Maurer Lorenz einstimmig gewählt. Unter Verschiedenem wurde noch bekannt gegeben, daß in Höpenitz in Folge eines von der Polizeiverwaltung ausgeübten Druckes die Lokale von Klein, Scheer und Gärtig (Rindenstraße) nicht mehr für Arbeiterversammlungen zu haben sind. Auch Herr Hausdorf (Rothfelder) will seine Räume nicht mehr zu sozialdemokratischen Versammlungen hergeben, so daß den Arbeitern nur noch der „Kaiserhof“ (Rauisch) zur Verfügung steht.

Alt-Landsberg. Am Sonntag, den 7. Dezember, Nachmittags, tagte im Saale des Herrn Neubauer, dem einzigen Lokal hier, das für Arbeiterversammlungen zu haben ist, unter Vorsitz des Herrn P. Arnold eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die soziale Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter.“ Genosse Franz Berndt aus Berlin hatte das Referat und entlegte sich seines Vortrages in allen Punkten zur Zufriedenheit aller Anwesenden. Da sich bei der Diskussion kein Gegner zum Wort meldete, nahmen die Herren Sabel, Neuenhagen und Baum-Friedrichs das Wort. Es kamen zwei Resolutionen zur Abbrimmung, welche einstimmig Annahme fanden: 1. Die Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und sucht mit allen gesetzlich

erlaubten Mitteln dafür einzutreten, für die Aufklärung der Arbeiter zu sorgen und so das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu wecken. 2. Die Volksversammlung beschließt: In Erwägung, daß nur ein Lokalbeseher in Alt-Landsberg den Muth hat, sein Lokal zu Arbeiter-Versammlungen herzugeben, muß der Wirth auch demgemäß von den Arbeitern und Parteigenossen unterstützt werden. Jeder Arbeiter ist verpflichtet, darauf hinzuwirken, um der Resolution Geltung zu verschaffen. Bei Verschiedenem wurde die Polizeiverfügung kritisiert, welche der Wirth erhalten hat und wonach derselbe in seinem Saal nur 180 Personen aufnehmen soll oder eine Strafe von 60 M. zu gewärtigen hat. Da aber nach Ausmessung des Saales von einem Sachverständigen erfreulicher Weise Platz für 350 Personen herauskommt, muß der polizeiliche Rathschmeißer der Öffentlichkeit empfohlen werden. Nach Anregung, einen Arbeiter-Bildungsverein ins Leben zu rufen, schloß die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Arbeiterbewegung um 6 Uhr 35 Minuten.

Kottbus. Am Mittwoch, den 3. Dezember, fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, in welcher Herr Otto Klein aus Berlin einen Vortrag über die Bedeutung des Provinzialtages der Provinz Brandenburg hielt. Die Versammlung wählte als Delegirten zum Provinzialtag Herrn Karva. Mit dieser Versammlung ist hier unter den Metallarbeitern die Agitation eingeleitet worden, und es ist zu hoffen, daß auch am hiesigen Orte bald eine Organisation der Metallarbeiter ins Leben treten wird.

Verglitz. Wie uns Hef. Ottilie Baader als Vorsitzende der am Donnerstag, den 4. d. M., im Lokale Süd-Ost abgehaltenen Arbeiterinnen-Versammlung mittheilt, fand der Vortrag des Fr. Lütgenau, was in dem uns zugegangenen Bericht nicht erwähnt war, aus der Mitte der Versammlung in wesentlichen Punkten lebhaften Widerspruch.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie vertritt sich aber gleichgültig dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

Die Unterzeichneten erlauben sich folgende Mittheilung zu machen.

Nach Schluß des Kongresses Freier eingeschriebener sowie auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteter Hilfskassen, welcher seit Montag, den 8. Dezember d. J., in den May'schen Festhallen, Deutschstr. 21, getagt hatte, entspann sich am Donnerstag, den 11. d. M., Nachmittags gegen 2 1/2 Uhr, zwischen der Lokalkommission des Kongresses einerseits und dem Wirth des Lokals Herrn May andererseits, wegen der Saalmiethe, sowie wegen der Beleuchtung der Lokalitäten, ein kleines Zwiesgespräch, welches wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu sollen glauben.

Der Vizepräsident des Herrn May präsentirte einem Mitgliede der Lokalkommission eine Rechnung über 180 Mark und zwar: 60 Mark Saalmiethe und 70 Mark Beleuchtungskosten. Als das Mitglied darauf erklärte, daß dies wohl ein Irrthum sein müsse, da ausdrücklich vereinbart worden sei, daß, wenn der Wirth des Lokals nicht auf seine Unkosten komme, daß dann von der Lokalkommission eine einmalige Entschädigung an denselben bis zu 60 M. gezahlt werden solle. Hiernach wurde der Wirth in höchst eigener Person herbeigerufen und wurde derselbe auf die schriftlich vorliegenden Abmachungen hingewiesen. Derselbe erklärte in brüstem Tone und in einem Dialekt, welcher an der Klauen Donau zu Hause ist: „Was glauben Sie denn, was ich bei dem Geschäft zugefagt habe, denken Sie denn, ich habe die Beleuchtung gestohlen?“ — „Dies kann unmöglich Ihr Geschäft sein“, erwiderte der so Angeredete, „denn, wenn circa 400 Personen 4 Tage lang bei Ihnen verkehren, können Sie unmöglich einen Schaden bei dem „Geschäft“ gehabt haben!“ Im Laufe des Gesprächs, welches ca. 1/2 Stunde andauerte, äußerte Herr May unter Anderem: „Von solchen Arbeitern kann ich nicht leben —“ und — „Verlassen Sie sofort mein Lokal!“ — „Friedrich, gehen Sie mal sofort zur Polizei!“ — „ich vertheile mir, mir in meinem eigenen Lokal in solcher Weise entgegenzutreten und zu antworten!“ — Die Mitglieder von der Lokalkommission hatten nämlich geäußert, daß 25 Pf. für eine Tasse Bouillon — von Trog — und für eine Tasse Kaffee ebenfalls doch sicherlich ein Preis sei und daß 15 Pf. für einen Cognac sicherlich auch nicht zu billig gewesen. Herr May gestattete nicht mehr einmal, daß die Lokalkommission sowie die Hamburger Delegirten die Schreibentwürfe etc. gehörig zusammenlegen konnten. Daß nach Schluß des Kongresses noch ein solches Intermezzo sich ausspielen würde, hätte wohl Niemand gedacht, obwohl Vordoten desselben schon am Sonnabend vorher — nach Eintreffen des Herrn Blume-Hamburg, welcher die Lokalitäten sich ansehen wollte — sich zeigten; denn Herr May erklärte: „Ach was, mit Ihnen habe ich garnichts zu thun, wenn ich das Licht im Saale anbrenne, so kosten mir 5 Minuten 35 M. Es ist überhaupt eine Frechheit, so etwas von mich zu verlangen!“ Den Kommentator zu diesem Vorgange überlassen wir den Lesern dieses Blattes.

Schätze: Berlin, G. Blume-Hamburg, A. Ruhnke-Berlin, G. Noeste-Berlin, E. Müller-Berlin, Grauer-Berlin, Otto Köppen-Berlin, May-Berlin, Emil Vogel-Berlin, Herm. Pielke-Berlin, J. Jaffke-Hamburg, F. Luy-Berlin, Pappe-Berlin, C. Böhm-Berlin.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Nummern beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Schwab erhalten: Von Hilshaus-Arbeitern Berlin 10 M., von der Eibischen Gesellschaft 17,80 M., von den Silberarbeitern, Fabrik 5 M., von den Zigarrenfabrikanten 3 M. Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Hamburg: Von den Tischlern Wasserthorstraße 27, Hof 2 Tr., 11 M. Kommission der Tabakarbeiter Berlin.

Quittung. Durch Genossen E. Wersche auf Sammler Nr. 474 gesammelt durch Wusthewer auf dem Berliner Saal 7,15 M. für die ausgesperrten Glasarbeiter erhalten zu haben, becheinigt die Kommission. J. A.: Hermann Hallwas.

H. H. Gädnermeister. Jawohl.

Fischer, Spandan. Es heißt: „Festgemauert in der Erde“.

M. G. 32. Sie sind nur während der Zeit der Uebung steuerfrei.

M. H. Skalkierstr. Verjährt sind nur die Entbindungskosten der Mutter und die mehr als 4 Jahre zurückliegenden Alimenteraten, wegen der laufenden und der erst seit 4 Jahren fälligen Alimenteraten können Sie dagegen noch in Anspruch genommen werden.

H. Schreiben Sie zurück, daß Sie, da Sie den festen Wirth erhalten haben, das Kleid zu machen, Entschädigung in Höhe des Ihnen entgangenen Verdienstes beanspruchen und es nach Beilegung Ihrer Forderung den Stoff herausgeben.

Hildorf. Nein, diese Frauen unterliegen nicht dem Krankheitsversicherungszwang.

H. M. 28. Wenn die Mutter des unehelichen Kindes schon früher von einem Anderen unehelich geboren hat, so braucht der Vater des zweiten Kindes keine Alimenter zu zahlen.

H. M. 10. Dem Kinde steht, wenn nicht ein nachweisbarer wahrer Entbündungsgrund vorliegt und im Testament des Vaters angegeben worden ist, ein Pflichttheilsrecht auf den väterlichen Nachlaß zu.